

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Verlagspreis monatlich (bei Post 2 RM), halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Mittelbahnhofsstr. 2 / Fernsprecher: 1729 / Postfach: Dresden Nr. 18600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Geschäftsleitung: Dresden-Alt, Mittelbahnhofsstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 1729 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Wochenlang 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang

Donnerstag, den 1. Dezember 1927

Nummer 279

Verbreiterung des Eisenbahnerstreifs

Die Verhandlungen gescheitert / Neue Provokation der Eisenbahndirektion / Kampf um die Wiedereinstellung der Gemahregelten / Für die Erhöhung der Löhne / Gegen Dawesnechte und Bürgerblod

Verbreitert die Kampffront!

Auch die Verhandlungen der Eisenbahner um Wiedereinstellung der gemahregelten Kollegen sind gescheitert. In provokatorischer Weise lehnt die Direktion der Damesbahn die Forderung der Eisenbahner ab. Die gemahregelten Kollegen, die die Interessen der Eisenbahner wahrnehmen haben, wurden brutal auf die Straße geworfen. Mit diesem rückwärtsigen Vorgehen will die Generaldirektion die Eisenbahner einschrecken, sie will verhindern, daß die Bahnflotten gegen die Hungerlöhne und die lange Arbeitszeit revoltieren.

Schon vor Monaten haben die Tarif-Gewerkschaften die Forderungen bei der Reichsbahndirektion eingegeben. Katenbach erklärte der stellvertretende Generaldirektor Dr. Weibrauch,

daß an eine Erhöhung der Löhne nicht zu denken sei.

Diese Ablehnung liegt in der Linie der verschärften Kapitaloffensive, wie sie vom Trustkapital und der Bürgerblodregierung durchgeführt wird. Der Bürgerblod kämpft gegen jede Verbesserung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit bei den Eisenbahnern, um durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit den größten Teil der Dameslasten aus dem Arbeiter herauszupressen. Dabei geht der Bürgerblod auch von dem Gesichtspunkte aus, daß eine Verbesserung der Löhne und Herabsetzung der Arbeitszeit eine Belastung des Staats bedeutet und die von den Trustherren geforderte Herabsetzung der Besitzsteuern erschwert.

Zugleich lehnt die Bürgerblodregierung durch ihre Feuerschutzpolitik den Reallohn der Arbeiter. Die Lebensmittelpreise, Mietpreiserhöhung und Steigerung der Zölle auf den Massenverbrauch sind der Ausdruck dieser Politik. Der Lebensmittelpreis steigt. Diese Feuerschutzpolitik ist eine planmäßige Durchbrechung der Tarifverträge, zu der die Reichsbahndirektion die Herabsetzung der Stücklöhne und Verkürzung der Gehaltszeit hinzusetzt. Die sogenannte Tariftreue der Generaldirektion ist nur ein Mittel zum händigen Betrug der Arbeiter, zur Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse.

Während so die Generaldirektion in der Praxis den Tarif durchbricht unterstützt die Gewerkschaftsbürokratie durch ihr formales Festhalten an den Tarifverträgen diese Politik der Damesnechte. Trotzdem Dornmüller die Gewerkschaftsführer herausgeworfen, trotzdem in den letzten Monaten kein Pfennig Lohnerhöhung bewilligt wurden, versuchen die reformistischen Führer auch jetzt noch, während des Kampfes, die Einbeziehung der Lohnforderungen in den Kampf zu verhindern.

Die Löhne der Eisenbahner sind, selbst nach Angabe des ADGB, die niedrigsten Löhne.

Um so notwendiger ist gegenwärtig der Kampf um die Erhöhung, trotz der bestehenden Tarifverträge. Nachdem Dornmüller die Forderungen abgelehnt hat, alle Verhandlungen gescheitert sind, gibt es nur den Weg des Kampfes. Wer unter diesen Verhältnissen den ausgebrochenen Kampf nicht ausnußt, um gleichzeitig die Lohnerhöhungen durchzusetzen, zeigt, daß er es überhaupt nicht ernst meint mit der Verbesserung der Lage der Eisenbahner. Alle bisherige Erfahrung zeigt jedoch, daß die Erfüllung der Forderungen nur durch den Einsatz breiter Massen möglich ist.

Die Ausdehnung des Streikes auf ganz Sachsen und darüber hinaus auf das ganze Reich, ist dringendes Gebot.

Nur die Stilllegung des größten Teils der Reichsbahn macht die Umleitung des Verkehrs, den Einsatz der Technischen Hilfsmittel unmöglich und gewährleistet den Sieg.

Der Kampf der Eisenbahner ist ein unmittelbarer Kampf gegen Bürgerblod und Damesherrschaft.

Die Gesamtarbeiterklasse muß den Kampf der Eisenbahner mit der größten Sympathie und auch materiell unterstützen. In Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen muß sofort Stellung zu diesem Kampf der Eisenbahner und seiner Unterstützung genommen werden. Die Gesamtarbeiterklasse hat ein so größeres Interesse an der erfolgreichen Durchführung und Beendigung des Kampfes der Eisenbahner, weil die Industriellen die Ablehnung der Forderungen der Arbeiterklasse mit dem niedrigen Lohnniveau der Eisenbahner zu rechtfertigen versuchen.

Deswegen gilt es, alle Kräfte für diesen Kampf zu mobilisieren.

Der Güterverkehr stillgelegt

Die Verhandlungen, die gestern nachmittag zwischen der Reichsbahndirektion und dem Einheitsverband Deutscher Eisenbahner auf Veranlassung der Betriebsdirektion Dresden stattgefunden haben, sind ergebnislos verlaufen. Die Eisenbahndirektion Dresden verlangte von den Streikenden die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit bis spätestens Freitag den 2. Dezember. Infolge der hartnäckigen Haltung und des provokatorischen Verhaltens der Betriebsdirektion sah sich der Einheitsverband gezwungen, die Verhandlungen als für gescheitert zu erklären. Es wurde darauf von der Streikleitung beschlossen, auch die Güterbodenarbeiter und die Arbeiter der übrigen Dienststellen in den Kampf einzubeziehen.

Die Dienststellen und Güterhöfen auf den verschiedensten Bahnhöfen in Dresden und an der Peripherie von Dresden wurden noch gestern abend stillgelegt. Im Laufe des heutigen Tages wird inselgeheiß der gesamte Güterverkehr zum Erliegen kommen. Die gestern abend stattgefundene überfüllte Streikversammlung billigte einmütig die von der Streikleitung getroffenen Maßnahmen.

Die neue unerhörte Provokation der Direktion hat die Empörung der kämpfenden Eisenbahner ins Ungeheure gesteigert. Die Eisenbahndirektion beschuldigte mit ihrem brutalen und schroffen Verhalten die Arbeiter einzuschüchtern. Die nach bisher in Arbeit stehenden Eisenbahner haben dem Streikbeschluß der gestrigen Versammlung restlos Folge geleistet und ihre Dienststellen gestern gegen 21 Uhr verlassen. Die Auswirkungen der Arbeitseinstellung im Güterverkehr werden schon in den nächsten Stunden in Erscheinung treten.

Infolge des Einsetzens des Streikes haben sich bereits heute morgen Verkehrsstockungen ergeben. Die Arbeiterzüge aus den Vororten, beispielsweise aus der Richtung Tharandt, trafen mit erheblicher Verspätung ein. Die Streikposten der Eisenbahner haben die Dresdner Bahnhöfe überall besetzt. Nach den heute morgen vorliegenden Meldungen ist die Arbeitseinstellung auf allen Dienststellen vollkommen. Die Arbeiterklasse der Industriebetriebe brachte bei der Begegnung mit den auf Streikposten stehenden Eisenbahnern ihre Sympathie mit den Kämpfenden zum Ausdruck.

Es muß mit aller Bestimmtheit angenommen werden, daß die Reichsbahndirektion nunmehr dazu übergehen wird, den Güter-

und Durchgangsverkehr umzuleiten, wird für den Eisenbahnerkampf die Erweiterung der Kampffront und die Einbeziehung der Eisenbahner von Chemnitz, Leipzig und den Umfahrungsbahnhöfen in den Streik zu einer unbedingten Notwendigkeit.

Das Eingreifen der am schlechtesten bezahlten Arbeitsgruppen bei der Reichsbahn, der Güterbodenarbeiter, stellt vor die kämpfende Arbeiterklasse die Frage der Erhöhung der Löhne, die Erweiterung des Sympathiestreiks zum Lohnkampf in immer schärferer und dringender Form. Es ist die Aufgabe und das Ziel des Kampfes, nicht nur die Zurücknahme der brutalen Maßregelungen zu erzwingen, sondern darüber hinaus auch die von der Damesbahnverwaltung hartnäckig verweigerte Erhöhung der Löhne zu erzwingen. Die gesamte Arbeiterklasse, für die der Lohnkampf der Eisenbahner von größter Bedeutung ist, wird diesem Kampfe der Eisenbahner die größte Sympathie bezeugen.

Die Kampfforderungen der Eisenbahner

Das rigorose Vorgehen der Eisenbahndirektion, der Abbau der Stücklohnsätze, das unerhörte Antreiber-system, hat auch in Dresden zu einer spontanen Erhebung der Eisenbahner geführt. Die Maßregelung von drei Eisenbahnerkollegen wurde von der Eisenbahnerklasse mit dem Solidaritätsstreik beantwortet.

Die Verschlechterung der Lebenslage der Eisenbahner, der fortgesetzte Tarifbruch der Eisenbahndirektion fordern, daß der Kampf nicht nur um die Wiedereinstellung der Gemahregelten, sondern um folgende von der Opposition aufgestellten Forderungen geführt wird:

1. Erhöhung des Grundlohnes um 15 Pfennig pro Stunde.
2. Bezahlung der Stücklohnzeiten nach dem Stande der Abmachungen zwischen Betriebsrat und Verwaltung.
3. Erhöhung der Ortszulage nach dem Stande in Hamburg.
4. Einreichung in das Wirtschaftsgebiet 3.
5. Die 48-Stundenwoche unter Ausgleich der Löhne entsprechend der bisherigen 51-Stundenwoche.
6. Verminderung der Lohngruppen von 8 auf 3.
7. Beilegung der Dienstdauervorschriften.

Unberfrorene Stimmungsmache

Die Telantun verbreitet heute morgen einen Bericht über die Tagung des Verwaltungsrates der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin, auf der die finanzielle Lage der Reichsbahn-Gesellschaft im Vordergrund der Beratungen gestanden hat. Der Bericht der Telantun läßt erkennen, daß der Verwaltungsrat mit der Darstellung der finanziellen Lage der Reichsbahn-AG, den Versuch unternimmt, die breite Öffentlichkeit über das brutale Verhalten der Generaldirektion in der Frage der Erhöhung der Arbeitslöhne zu rechtfertigen. In der Begründung zur Steigerung der Ausgaben besagt der von der Telantun verbreitete Bericht, daß die Weltausgaben auf den Kopf innerhalb der verschiedenen Beamtengruppen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, ganz erheblich gesteigert worden seien. So würden heute beispielsweise für die Beamtengruppen 1 bis 6 188 Prozent über den Satz von 1913 gezahlt. Für die Arbeiterklasse bezahle die Gesellschaft heute durchschnittlich 188 Prozent des Satzes von 1913 (!). Infolge der Steigerung für die täglichen Ausgaben und für das Personalkonto sei es fraglich, ob man ohne irgendwelche Tarifserhöhung in nächsten Jahre auskommen werde. Jeder Versuch, eine Tarifserhöhung zu vermeiden, müsse scheitern, wenn die Beamtenbesoldung über die jetzt vorgesehene Höhe hinaus gesteigert oder die nur (!) bis zum 31. März 1928 gebundenen Arbeiterlöhne im Laufe des Jahres erhöht, aber wenn die Materialpreise herausgesetzt würden.

Der Zweck der Veröffentlichung des Berichts über die Tagung des Verwaltungsrates hat lediglich den einen Sinn: In der Öffentlichkeit soll gegen die von den Arbeitern und von den Beamten förmlich geforderte Aufbesserung ihrer Verläge Stimmung gemacht werden. Mit dem Schreiepen der dadurch angeblich notwendig werdenden Erhöhung der Tarife soll die breite Öffentlichkeit nach der bekannten Manier von den ununterstützten und ungeschützten Forderungen der Arbeiter und unteren Beamtengruppen gegen die Eisenbahner aufgeschreckt werden. Schon bei früheren Bewegungen wurde die

Methode von der Reichsbahndirektion angewandt. Die bürgerliche Presse stellte sich jederzeit willig in den Dienst dieser hinterhältigen Politik. Die breiten Massen der Arbeiter dürfen sich durch das Manöver der Damesnechte nicht verwirren lassen. Reichsbahndirektion und Bürgerblodregierung verfolgen mit der Niedrighaltung der Eisenbahnerlöhne nur den einen Zweck: jede Erhöhung des Lohnniveaus der Arbeiterklasse zu unterbinden. Die Arbeiterklasse und die Beamten haben alle Ursache, den Kampf der Eisenbahner tatkräftig zu unterstützen. Der Kampf der Eisenbahner ist ein Teil ihres Kampfes um Verbesserung ihrer Lebenslage. In allen Betrieben und Werkstätten muß sofort zu dem Kampf der Eisenbahner Stellung genommen werden. Die Arbeiterklasse muß dem Kampf der Eisenbahner ihre volle Sympathie und Solidarität erweisen.

Protektedemonstrationen im Magdeburger Bezirk

Im Reichsbahnausbesserungswerk Magdeburg-Salbfeld während der Arbeitszeit eine stürmische Betriebsversammlung statt. Die Arbeiter fordern seit Wochen eine Erhöhung der Ortszulage und verlangen Aufschluß über die unerhörte und freche Verschleppung ihrer Lebensforderung. Ein Werkdirektor, namens König, erschien sofort in der Versammlung und erklärte: „Ich fordere Sie auf, innerhalb zehn Minuten die Arbeit aufzunehmen, andernfalls wird die kritische Entlassung von sämtlichen Versammlungsteilnehmern ausgeprochen.“

Die Empörung über diese schamlose Provokation war ungeheuer. Der Direktor mußte unter dem Schutze des Betriebsrates seine Haut in Sicherheit bringen und die Fortführung der Versammlung unter Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern gestatten.

Wie jetzt bekannt wird, kam es in der vergangenen Woche im Ausbesserungswerk Magdeburg-Budau und auf der Umladestelle Budau ebenfalls zu erregten Versammlungen während der Arbeitszeit, in denen die Eisenbahner sofortige Lohnerhöhung verlangten.

Entlarvter Abrüstungsschwindel

Gen. Litwinow brandmarkt die imperialistischen Kriegstreiber und Weltrüster / Der Sozialdemokrat Boncour als Hezapoitel der Imperialisten / Die Sowjetunion zur vollständigen Abrüstung bereit

Genf, 1. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Unter großem Andrang der Pressevertreter begann die Tagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz. Nach der formellen Frage des Vorsitzenden, ob die Sowjetunion und Amerika bereit seien, sich an der deutschen bindenden Sicherheitskommission zu beteiligen, macht Graf Bernstorff im Namen Deutschlands den ersten Anlauf vor den englischen, französischen und italienischen Imperialisten und erklärt, daß Deutschland keineswegs die sofortige zweite Lesung des konkretsten Abrüstungsprojektes verlange, sondern nur vorschläge, die Ansichten der neu hinzugekommenen Sowjetdelegation zu hören. Der italienisch-englische Versuch, die Sowjetdelegation am Sprechen überhaupt zu hindern, schlägt fehl, und Gen. Litwinow ergreift unter ungeheurer Spannung das Wort zu den an anderer Stelle wiedergegebenen Vorschlägen und einer schonungslosen Kritik der Sowjetregierung an der Politik des Völkerbundes.

In der Nachmittagsführung wurde unter den wichtigsten Vorwänden erneut der Versuch gemacht, jede Aussprache über die Vorschläge der Sowjetunion abzuwürgen. Als Vorwand dient ein russisches Memorandum mit statistischem Material, das zwar eingereicht, aber angeblich noch nicht überleitet werden konnte. Außerdem betont der Vorsitzende, daß es sich nur um die Bildung eines Sicherheitskomitees und nicht um die Beratung von Abrüstungsplänen auf dieser Konferenz handele.

Litwinow besteht ganz energisch auf einer sofortigen Aussprache, da erkläre das Memorandum nicht entscheidend sei, sondern er durch seine Rede und seine Vorschläge eine genügende Plattform gegeben habe, und daß zweitens Rußland seine Stellungnahme zum Sicherheitskomitee abhängig macht von einer vorherigen Stellungnahme des Völkerbundes zu den ernsthaften Abrüstungs- und Friedensvorschlägen der Sowjetunion.

Die imperialistischen Minister hielten sich nach diesen klaren Ausführungen in eifriges Schweigen, und als sich niemand zum Wort meldete, wurde der französische Sozialdemokrat Boncour vorgeschickt zur Verteidigung der Völkerbunds-Heuchelei. In gedehnten Phrasen protestierte dieser sozialdemokratische Imperialist gegen die scharfe Kritik Litwinows am Völkerbund, protestierte weiter dagegen, daß etwa den Massen die ganze schöne imperialistische „Arbeitsplan“ über den Haufen geworfen werde, und bezeichnete dann in niederträchtigen und herabsetzenden Redewendungen die großzügigen und ernsthaften Vorschläge der Sowjetunion zur Sicherung des Friedens als „utopische Phantasien, mit denen man in der Politik nichts anfangen könne“. Er vergaß nur, zu sagen: „in der imperialistischen Politik der Kriegsheer und Weltrüster“.

Dann verteidigte Boncour die Auffassung des Kriegstreibers Poincaré, daß man erst „Sicherheitsgarantien“ schaffen müsse und dann die Abrüstungsfragen behandeln könne.

Graf Bernstorff unternahm den schwachen Versuch, eine begrenzte und konkrete Abrüstungsdebatte auf ein bestimmtes Datum festzulegen. Er fiel aber damit unter den Tisch. Der französische Minister Venech versucht dann gänzlich ohne Erfolg, Sowjetrußlands berechtigige Angriffe auf den Völkerbund als nicht stichhaltig oder übertrieben hinzustellen. Boncour läßt noch einmal ein Gekrammel für seine zwei Auftraggeber vom Stapel.

Genosse Luuatshariki deckt in gründlicher und klarer Weise die arbeiterfeindlichen Verdrehungen Boncours und seine Versuche, die Ansichten und Vorschläge der Sowjetunion zu lächeln und herabzusehen, auf. Dann stellt er die konkrete Frage:

Wird die Abrüstungskommission die sowjetrussischen Vorschläge konkret behandeln oder nicht?

Daraufhin muß der Vorsitzende die Zusicherung geben, daß die russischen Vorschläge bestimmt bei der zweiten Lesung behandelt werden.

Unter allgemeinem Aufatmen der Imperialisten wird die Abrüstungsdebatte, die durch das Erscheinen und die ersten und unzweideutigen Abrüstungs- und Friedensvorschläge der Sowjetdelegation für die Kriegstreiber so unangenehm geworden ist, verlassen und die Frage der Bildung eines Sicherheitskomitees behandelt.

Der amerikanische Vertreter verliest unter großer Aufmerksamkeit eine Erklärung, nach der die Vereinigten Staaten keinen Vertreter und auch keinen diplomatischen Beobachter in die Sicherheitskommission entsenden, da die Sicherheits-

fragen nur europäische Angelegenheiten seien und die Vereinigten Staaten keinen Grund haben, sich in diese europapolitisch einzumischen.

Dann erklärt unter gleichgroßer Aufmerksamkeit Genosse Litwinow, daß die Sowjetregierung in diese „Sicherheitskommission“ ebenfalls keinen Vertreter entsenden wird, weil diese Kommission ja nach dem Völkerbunds-Richtlinien arbeite, welche die Sowjetdelegation als Vertretung eines proletarischen Staates unter keinen Umständen anerkennen könne. Die Sowjetregierung sei lediglich bereit, zu den Arbeiten des Sicherheitskomitees einen Beobachter zu entsenden, um dadurch für sich eine Verbindung mit den Arbeiten des Abrüstungskomitees herzustellen.

Das Friedensprogramm der Sowjets

Die Erklärung des Genossen Litwinow auf der Abrüstungskonferenz in Genf, in der die Vorschläge der Sowjetregierung zur Abrüstung niedergelegt sind, besagt folgendes:

„Da die Sowjetregierung an den drei ersten Tagungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz nicht teilnehmen konnte, hat sie ihre Delegation zur vierten Tagung beauftragt, folgende Erklärung abzugeben:

1. Die Regierung der UdSSR ist der Ansicht, daß unter kapitalistischem Regime es keinen Grund gibt, anzunehmen, daß man die Ursache bewaffneter Konflikte abschaffen könnte. Der Militarismus und der Marinismus sind natürliche Kollegen des kapitalistischen Systems. Aber die Völker aller Länder, die durch den großen imperialistischen Weltkrieg 1914 bis 1918 verarmt und verblutet sind, sind durchaus geneigt, gegen neue imperialistische Kriege zu kämpfen und zur Sicherung des internationalen Friedens. Das ist der Grund, weshalb die Sowjetregierung in der Lage ist, einer Einladung des Völkerbundes Folge zu leisten, die sich für die Abrüstung ausspricht. Sie nimmt diese Einladung an mit dem Ziele, der ganzen Welt ihren Willen zum internationalen Frieden zu bekunden und zugleich zu beweisen, welches die wirklichen Ziele und Wünsche der kapitalistischen Regierungen hinsichtlich der Abrüstung sind.

Obwohl der Weltkrieg als „letztter Krieg“ hingestellt wurde, wird die Gesamtgeschichte der internationalen Beziehungen der Nachkriegszeit charakterisiert durch ein unerhörtes und systematisches Anwachsen der Streitkräfte der kapitalistischen Staaten und durch ein gewaltiges Steigen der Gesamtkosten.

Die Welt hat bisher keine, auch nur teilweise Verwirklichung der feierlichen Versprechungen des Völkerbundes gesehen, der in seiner Tätigkeit systematisch verwehrt hat, die Frage der Abrüstung praktisch aufzuwerfen.

Die Gesamtarbeit der vorbereitenden Abrüstungskommission hat bis zum heutigen Tage einen rein dekorativen Charakter gehabt. Seit 1920 beschäftigt sich der Völkerbund fruchtlos mit der Frage der Militärreduzierung. Durch diese Taktik kommt man zu der Ansicht, daß der Völkerbund und die einzelnen imperialistischen Staaten nicht den Wunsch hegen, eine tatsächliche Abrüstungspolitik zu verfolgen. Diese Tatsache kommt auch in der Arbeitsmethode zum Ausdruck, die darin besteht, abwechselnd die Fragen der Abrüstung und die Frage der Garantien zu behandeln, wobei man gleichzeitig bemüht ist, eine internationale Aufstellung sämtlicher Faktoren zu machen, die die imperialistische Macht eines Landes beweisen.

So wie das Problem bisher aufgeworfen ist, verursacht es endlose und fruchtlose Diskussionen über das, was man die Kriegsfähigkeit nennt, mit dem Ergebnis, daß man dem entscheidenden Grundproblem ausweicht, nämlich konkrete Maßnahmen für die Abrüstung zu treffen. Es ist nicht zweifelhaft, daß das Problem, wenn es auf diese Art auf die nächste Abrüstungskonferenz aufgeworfen wird, nicht nur eine Einschränkung der bestehenden Rüstungen nicht bringen wird, sondern daß im Gegenteil die Mitgliedstaaten des Völkerbundes von neuem

für die Zukunft das Recht erhalten werden, ihre Rüstungen gesellschaftlich zu erhöhen. Die Sowjetregierung hat bisher systematisch verhindert, das Abrüstungsproblem konkret aufzuwerfen.

Aber seine Bemühungen in diesem Sinne sind auf den andauernden Widerstand der übrigen Staaten gestoßen. Die Sowjetregierung ist die einzige Regierung, die durch Taten ihren Friedens- und Abrüstungswillen bewiesen hat, ist aber zu der Washingtoner Seeabrüstungskonferenz von 1921/22 nicht zugelassen worden. Ihre Vorschläge auf allgemeine Abrüstung, die ihre Delegation am 10. April 1922 auf der Konferenz von Genau eingebracht hat, wurde von den Leitern dieser Konferenz zurückgewiesen.

Dennoch habe die Sowjetregierung ihre Anstrengungen nicht eingestellt.

Im Dezember 1922 habe die Sowjetregierung in Moskau eine Konferenz der Vertreter der Randstaaten einberufen, um mit ihnen das Problem der Rüstungseinschränkungen zu erörtern. Sie wollte sogar ihren eigenen Rüstungseinschränkungen in unverhältnismäßig höherer Weise vornehmen als die Randstaaten. Dennoch wurde der konkrete Plan der Sowjetregierung gleichfalls zurückgewiesen.

Nebener geht dann auf die bekannte ablehnende Haltung Rußlands gegenüber den Arbeiten des Völkerbundes ein. Die Sowjetregierung hat ihre Delegation beauftragt, einen

Plan für die allgemeine und vollständige Abrüstung vorzulegen. Sie schlägt folgende Maßnahmen vor:

a) Alle Streitkräfte zu Lande, zur See und in der Luft werden aufgehoben und ihre Aufrechterhaltung unter einer verdeckten Form verboten.

b) Alle Waffen, Munition und chemischen Kriegsmittel werden zerstört, ebenso alle übrigen Rüstungs- und Zerstörungsmittel, sei es, daß sie sich in den Organisationsstellen befinden oder in den militärischen Depots oder in dem allgemeinen Gebrauch.

c) Alle Kriegsschiffe und Kriegsflugzeuge werden abgeschafft.

d) Die Einberufung von Menschen zwecks militärischer Ausbildung, sei es in der Armee oder in sozialen Organisationen, hören auf und die gesetzliche Abschaffung der militärischen Dienstpflicht oder des freiwilligen militärischen Dienstes wird verkündet.

e) Es müssen Gesetze eingeführt werden, durch die das Angebot von militärischen ausgebildeten Reservisten verboten wird.

f) Die Festungen müssen niedergedrückt werden, ebenso wie die Stützpunkte für den See- und Luftkrieg.

g) Die besonderen Rüstungswerke werden abgeschafft.

h) Alle Kosten für militärische Zwecke müssen aus den Etats der Länder verschwinden.

i) Alle Kriegsministerien, Marineministerien, Generalstäbe und sonstige militärische Verwaltungen müssen abgeschafft werden.

j) Es muß ein gesetzliches Verbot erlassen werden, jede Art militärischer Propaganda und Ausbildung unter der Bevölkerung und gegen militärische Ausbildung der Jugend durch den Staat oder durch Verbände vorzunehmen.

k) Alle Patente für Rüstungs- und Zerstörungsmittel müssen aufgehoben werden, damit diese auch von Erfindungen nicht gefördert werden.

l) Gesetze müssen erlassen werden, durch die erklärt wird, daß die Verletzung der obengenannten Bedingungen das größte Verbrechen gegen den Staat darstellt.

m) Alle Handlungen der Regierungen oder alle Abkommen zwischen Regierungen, die diesen Vorschlägen widersprechen, müssen abgeschafft oder abgeändert werden.

n) Die Sowjetdelegation hat absolute Vollmacht, das obengenannte Programm einer völligen Entwaffnung sofort für das Inkrafttreten einer entsprechenden Konvention vorzuschlagen, so daß alle Maßnahmen für die Vernichtung des Kriegsmaterials innerhalb eines Jahres durchgeführt werden können.

Die russische Delegation erklärt, daß die Sowjetregierung sich voll und ganz der Konvention anschließt, die das Verbot der chemischen oder bakteriologischen Mittel zu militärischen Zwecken ausspricht. Die Sowjetregierung drängt darauf, daß eine sehr kurze Frist bestimmt werde für die Ratifikation dieser Bestimmungen durch sämtliche Staaten. Um die Wirksamkeit dieser Konvention zu steigern, erklärte es die Sowjetregierung für unerlässlich, eine Kontrolle der Arbeiterkassen in dem friedlichen Treiben der chemischen Industrie einzuführen.

Zum Schluß brachte Litwinow folgende Resolution ein:

„In Erwägung, daß das Verbot von Rüstungen und ihre offenkundige Tendenz zur Vermehrung unermesslich die Staaten zu bewaffneten Konflikten treibt, die die Arbeiter und Bauern ihrer friedlichen produktiven Arbeit entziehen und namenloses Unglück erzeugen,

in Erwägung, daß die Streitkräfte ein Mittel darstellen, dessen sich die großen Staaten bedienen, um die kleineren Länder und die Kolonialländer zu unterdrücken, und in der Erkenntnis, daß nur die vollständige Zerstörung aller Rüstungen die wirksamste Sicherheitsgarantie und eine genügende Bürgschaft darstellen, den Kriegen vorzubeugen,

beschließt die 4. Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission:

1. sofort die Ausarbeitung eines detaillierten Planes einer allgemeinen Abrüstungskonvention vorzunehmen, wobei die Vorschläge der Sowjetregierung zur Grundlage genommen werden;

2. spätestens bis zum März 1928 die Abrüstungskonferenz einzuberufen, um die Vorschläge zu diskutieren und zu bestätigen. Für den Fall, daß die kapitalistischen Staaten die sofortige Abschaffung der stehenden Heere ablehnen würden, hält es die Sowjetregierung für möglich, folgendes vorzuschlagen:

Die allgemeine Entwaffnung erfolgt gleichzeitig durch sämtliche beteiligten Staaten in Schritten innerhalb einer Frist von vier Jahren. Die erste Stufe muß innerhalb des nächsten Jahres vollzogen sein. Die durch die Aufhebung der militärischen Etats freiwerdenden Mittel können von jedem Staat nach Belieben verwendet werden, aber nur zum Zwecke der industriellen oder kulturellen Entwicklung.

Indem die Sowjetdelegation ihren Standpunkt vertritt, wird sie an allen Delegationen ohne Ausnahme teilnehmen, sofern sich diese mit praktischen Maßnahmen befassen, die wirklich zur Abrüstung führen.“

Ein Veteran des Klassenkampfes

Gen. Emil Künzelmann

40 Jahre in der Front des Klassenkampfes

Morgen begeht unser Genosse Stadtrat Emil Künzelmann-Freitall in voller körperlicher und geistiger Frische seinen 61. Geburtstag. 40 Jahre steht dieser Veteran der Arbeiterbewegung im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes. „Genosse Emil“, nur so wird er in den Kreisen unserer Arbeiter Genossen genannt, ist wohl der älteste Parteigenosse in der Mitgliedschaft des Planenschen Grundes. Nur wenige sind noch von denen am Leben, die mit ihm zusammen noch unter dem Ausnahmegesetz Bismarcks treu zur Fahne des Sozialismus standen. Er war einer der wenigen, die zu der sogenannten „Internen“ gehörten, jenem kleinen Kreise, der vertrauenswürdigsten und absolut zuverlässigsten Parteigenossen, die trotz aller Schikanen und Verfolgungen für die Idee des Sozialismus agitierten. Sie waren es, die den Boden unter der Arbeiterkassen bereiteten, sie waren die Kader, aus denen heraus sich dann später die alte sozialdemokratische Partei entwickelte. Noch im alten Arbeiterbildungsverein war Genosse Emil tätig. In unermüdlicher opfervoller Kleinarbeit, Schritt um Schritt wurde das Terrain erobert. Mühselig war die Arbeit, die nur von hohem Idealismus befeuerte Kämpfer zu bewältigen vermochten. Zu ihnen gehörte Emil Künzelmann. Keine Enttäuschung ließ ihn müde werden, — persönliche Opfer schreckten ihn nicht. In jeder Phase seines arbeits- und entbehrungsreichen Profetendaseins stand er zur proletarischen Sache.

In Emil Künzelmann verkörpert sich der Typus eines revolutionären Arbeiters, der durch die harte Schule des Klassenkampfes gegangen ist und dem der Sozialismus, dem das Ziel des Befreiungskampfes der Arbeiter mehr war und ist, als eine Befriedigung der materiellen Frage.

Ein jähher und unermüdlicher Kleinarbeiter, stand er schon in der alten sozialdemokratischen Partei auf dem äußersten linken Flügel im schärfsten Kampfe gegen den immer mehr erstarkenden Revisionismus. — Und als am 4. August die SPD-Führer zu Hindenburg gingen, stand Emil Künzelmann mit den wenigen zusammen, die auf Karl Liebknechts Ruf antworteten: Krieg dem Kriege! Nieder mit den Sozialverrättern. Er stieß zum Spartakusbund, — zur USPD. — Wieder stand er in der vordersten Reihe intensiver Kleinarbeit. Nach dem Parteitag in der Halle zog Genosse Emil die Konsequenz, verließ die revolutionäre Partei der 2/4-Internationale und trat zur KPD über. Als langjähriger Gemeindevorsteher wurde er nach ihrer Stadtgründung als kommunistischer Stadtverordneter gewählt. Noch heute ist er als unbedingtes Ratemitsglied für die Partei in dieser parlamentarischen Position tätig.

Mit 61 Jahren steht Genosse Künzelmann noch heute an seiner Hobelbank, von seinen Arbeitskollegen mit der Vertretung ihrer Interessen im Betriebsrat beauftragt. Die Bürde der Arbeit trägt der 61jährige genau so gewöhnlich wie in jungen Jahren. Selten eine Sitzung oder Versammlung das Emil fehlt; Tag für Tag ist er auf der Höhe und bei den tatsächlichen und politischen Auseinandersetzungen führt er temperamentvoll eine scharfe Klinge. Mit seinen reichen Erfahrungen, seinen tiefen Kenntnissen und seiner unbedingten Treue zur Sache, eroberte er sich das Vertrauen der Arbeiter, persönliche Wertschätzung seiner Freunde und die Achtung des Gegners.



An diesem Tage bringen wir dem greisen Jubilar unsere herzlichsten Glückwünsche. Möge es dem Genossen Künzelmann noch recht lange vergönnt sein, in unseren Reihen als lebendiges Beispiel treuer, revolutionärer Arbeit für die Jungen zu wirken. Möge er in unserer Kampffront noch den Tag des Sieges der proletarischen Revolution erleben, das Morgenrot des Sozialismus heraufsteigen und damit sein Lebensziel verwirklicht sehen. W.S.

Nur keine Amnestie . . .

Auslieferung von drei kommunistischen Abgeordneten durch den Landtag an die Justiz / Bethe als Schlingling der Reaktion / Die Hindenburgamnestie am Pranger / Keine Vollstreckung der Todesstrafe mehr in Sachsen / Kommunistischer Amnestieantrag wird abgelehnt

52. Landtagsitzung

Dresden, den 30. November 1927

Die heutige Sitzung beginnt mit einem heiteren Intermezzo. Herr Götting von den Aufwärtigen verliest unter hübschem Gelächter der Linken eine Erklärung, in der er sich und seine Partei gegen den berechtigten Vorwurf des Genossen Kerner, daß seine Fraktion unzulässig sei, entschuldigt. Er erreicht damit allerdings das Gegenteil von dem Beabsichtigten, er tritt mit dieser Erklärung selbst den Wahrheitsbeweis für diesen Vorwurf an. Dann folgt mit einer anderen Erklärung der Volksparteier Dr. Frucht, der in einer der letzten Sitzungen dem Wirtschaftsparteier Entertein aus Oelsing Unterstutzung des wilden Streiks der Textilarbeiter vorgeworfen, wogegen Entertein sich gewehrt und den schweren Vorwurf zurückgewiesen hatte. Herr Frucht erhebt in dieser Erklärung, die Entertein unter Protestrufen entgegennimmt, diesen Vorwurf abermals.

Jetzt tritt man in die Beratung der Tagesordnung ein, deren erster Punkt die Frage der Strafverfolgung von Abgeordneten bildet.

Einstimmig wird zunächst die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen den Nationalsozialisten Tittmann wegen Einleitung einer Geldstrafe abgelehnt.

Beitrag Stümpert soll vor den Rabi

Darauf wird der Fall der beantragten Strafverfolgung gegen die kommunistischen Abgeordneten Schreiber, Kofcher und Kleber wegen „Nötigung und Bedrohung“ des Abgeordneten Bethe erörtert.

Es handelt sich um die Angelegenheit des Staatszeitungs-Geldstrafverfahrens, das auf Grund der Erklärung des Abg. Kerner von Bethe als Gegenrechnung für eventuelle Unterbrechung des seinerzeit irrigen Mandats des Genossen Ewert präsentiert worden ist. Bei der damals folgenden Auseinandersetzung sollen nach den Behauptungen Bethes und des Ministerpräsidenten Helldorf die 3 Kommunisten Herrn Bethe unanständig angefallen haben. Und die beiden Altsozialisten Helldorf und Bethe stellen darauf beide Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung; Herr Bethe durch den Staatsanwalt, Herr Helldorf durch sich selbst. Der Berichterstatter Dr. Kerner stellt mit Recht fest, daß die Tatsache, daß der Ministerpräsident selbst den Antrag stellt, einmalig in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus dasteht.

Um nun die drei Kommunisten gleichzeitig zur Strafe zu bringen, verliert die Koalition durch einmalige Abstimmung alle drei Abgeordneten zugleich der Ausübung des Stimmrechts zu berauben. Die Genossen Kerner, Helldorf, Lieberich und die Sozialdemokraten Liebmann, Edel und Neu weisen in heftiger Geldstrafverfahrensdebatte die Unmöglichkeit eines solchen Verfahrens nach. Die Bürgerlichen, die natürlich ihre altsozialistischen Kavaliersliebesrollen vertreten, verlangen einmalige gleichzeitige Abstimmung. Nachdem aber sogar Töbne die Sinnwidrigkeit jenen muß, wird schließlich getrennte Abstimmung beschlossen. Mit einem ganz hervorragend politisch qualifizierten Mandat liefert der Landtag einzeln die Abgeordneten dem Justizapparat aus. Die Deutschnationalen, die Wirtschaftsparteier, die Volksparteier, Demokraten, die Nationalsozialisten und die Altsozialisten einschließlich des persönlich beteiligten Abgeordneten Bethe. Genosse Kerner und der Sozialdemokrat Edel napeln diese unerhörte Lasten, daß der Abgeordnete in eigener Sache abstimmt. Es folgt ein Antrag auf Strafverfolgung gegen den Genossen Kerner zwecks Absicherung einer Gefängnisstrafe. Der Berichterstatter Neu wendet sich gegen die Genehmigung, die jedoch vom Rechtsauschuss mit Mehrheit beschlossen worden ist. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung lehnt mit großer Mehrheit der Landtag die Genehmigung zur Strafverfolgung ab. Einstimmig wird die Strafverfolgung des Abg. Kleber abgelehnt. Die Strafverfolgung des Altsozialisten Müller wegen einer Privatbeleidigung wird ebenfalls abgelehnt.

Genosse Kerner

begründet nunmehr einen Antrag auf Aufhebung der Strafverfolgung des Genossen Kerner durch den Oberstaatsanwalt wegen der Vorgänge im Jahre 1923. Nach eingehender Behandlung der Ursachen der Vorgänge weist er dabei auf die charakteristische Tatsache hin, daß sämtliche Rechtsgerichte, die aktiven Hochverrat im Jahre 1923 begangen haben, entweder freigesprochen oder amnestiert worden sind, während bei Kerner das Verfahren seit 4 Jahren weitergeht. Dieser offene Klassenmäßige Vorstoß der Justiz gegen Kommunisten soll vor den kommenden Wahlen die Stimmung für die bankrotte Rechte heben. Der Landtag muß zeigen, ob er dieses Manöver in seiner Mehrheit zu unterstützen wagt.

Der Antrag geht an den Rechtsauschuss

Die Hindenburgamnestie

Die kommunistische Fraktion stellt durch den Genossen Stewert die Anfrage, welche Stellung die sächsische Regierung zur Hindenburgamnestie eingenommen und wie sie sie durchgeföhrt habe. Genosse Stewert zeigt dabei den Klassencharakter dieser Amnestie, die einen Betrug an den Gefangenen darstelle. Wir verlangen generelle Amnestie für alle Gefangenen, für die Opfer der Klassenjustizmaschine. Die Hindenburgamnestie hat Verlangen gestellt, über deren Namen Schweigen herrscht; nichts bringt an die Öffentlichkeit. Dafür aber wird ein Wiederholungsverfahren gegen Wag Hoelz abgelehnt, der zu unrichtig verurteilt wurde im Gefängnis schmachtet, während arbeitserfährliche Verbrecher wieder auf die wertvolle Bevölkerung losgelassen werden. Im Gegensatz zu diesen Methoden steht die proletarische Klassenjustiz in der Sowjetunion auf höchster Grundlage. Sie beachtet keine Objektivität. Sie wendet sich gegen die Feinde der Werktätigen, aber sie zögert nicht, die als Opfer der alten zerrütteten Gesellschaftsordnung bis jetzt nicht fähig waren, sich der Neuordnung der Lage anzupassen. Die Arbeiterjustiz will nicht züchtigen, sondern erziehen.

Wir wollen auch hier keine Heuchelei dulden; offene Antwort verlangen wir von der sächsischen Regierung! (Bravo! bei den Kommunisten.)

Der Vertreter des Justizministeriums erklärt hierzu, daß auf Grund der Amnestie Einzelbegnadigungen vorgenommen worden sind. Erhält eines allgemeinen Amnestiegesetzes ist nicht gefordert worden. Bisher sind 348 Begnadigungen erfolgt (in Breiten über 8000), über 2000 Akten sind jedoch allein in Sachen eingegangen. Das Justizministerium kündigt eine weitere Erhöhung an.

Genosse Kofcher

Berichtet über die Verhandlungen im Rechtsauschuss betr. eines kommunistischen Amnestieantrages, aus denen hervorgeht, daß sich der Regierungsrat geschlossen gegen eine allgemeine Amnestie gewandt hat. Der Ministerialdirektor Dr. Wulff, der seit seiner Amtstätigkeit seine hervorragenden und wertvollen eigenen Lehren in früherer Zeit vollkommen unbeachtet läßt. Er betont, daß man nicht allgemein amnestieren dürfe. Man gebe gegen die linksgerichteten Verbrecher, z. B. Sprengstoffattentäter, nur deswegen härter vor, weil sie gefährlicher, während rechtsgerichtete viel harmloser gewesen seien; deshalb hätte man diesen auch Bewährungsfrist zubilligen können.

Genosse Kofcher weist auf die Tatsache hin, daß seit 1923 nur ein Amnestiegesetz erlassen worden ist, und zwar im Jahre 1925. Dieses Gesetz hat aber politische Straftaten nicht besonders berücksichtigt und betrifft nur Fälle vor dem 1. Oktober 1923. Dies geschah hauptsächlich, um die tatsächlichen Verbrecher amnestieren zu können, während die Arbeiter, die sich gegen wirtschaftliche und politische Erdrosselung wehrten, und nicht zuletzt die unglücklichen weiblichen Opfer der Schandparagrafen 218/19, die naturgemäß aus Proletariatskreisen stammen, weil die bestehende Klasse bessere Mittel und Wege kennt, weiterhin in den Gefängnissen schmachten. Und da, wo Arbeiter freigelassen worden sind, hat man ihnen Bewährungsfrist aufgebrennt, um sie immer wieder „am Strick“ zu haben. Wir Kommunisten haben deshalb ein allgemeines Amnestiegesetz verlangt, das durchgeföhrt wird durch einen Landtagsausschuss, nicht durch eine kleine Gruppe von Beamten der Klassenjustiz. Nur eine solche Amnestie wäre imstande, ein wenig den Druck der brutalen Justizmilitär auf den Schultern der Arbeiterklasse zu lindern. Deshalb lehnt aber auch der Bürgerblock im Reich wie in Sachsen eine solche Amnestierung ab. Wir Kommunisten aber werden im Kampf um die Amnestie nicht erlahmen, wir wissen, daß die Klassenjustiz und der Klassenstaat nur dem außerparlamentarischen Massenbrand weichen wird! (Bravo! bei den Komm.)

Nachdem noch der Gen. Neu sich für den kommunistischen Antrag erklärt hat,

wird in der Abstimmung der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Der Bürgerblock braucht keine Amnestie!

Der sozialdemokratische Antrag auf Reform des Ehegerichts- und ehelichen Güterrechts wird in zweiter Beratung mit Mehrheit angenommen. Eine Anfrage wegen eines Vortrages eines Sektantenabgängers bei der Auditionsfeier am 10. Oktober 1927 in dem Gelände des Hofes befindet sich in der Handlung der Seiten durch die Regierung. Ein ehemaliger Straf- und Landesverwaltungsbeamter, der sich als „Landesstrafliche Gemeinshaft“ hat, hat mit Genehmigung des Justizministers eine wüste Sektenszene gehalten, die die Gefangenen empört hat.

Die Regierung bringt es fertig, durch Wulff aus die ungläubig „heilige Gelehrtheit“ zu decken, außerdem verleiht sie die Landesstrafliche Gemeinshaft und erklärt, daß diese keine Sekte sei. Stürmische Zurufe auf der Linken quittieren diese Haltung.

Genosse Lieberich charakterisiert diesen Handlungsbildnis für die Sekte als inoffizielle Verbündungsaktion gegen die Gefangenen. Er legt klärenden Protest gegen die vom Justizministerium und vom Verhörsdirektor verübte Methode, die die Gefangenen an ihren Anhängern zur Teilnahme an solchen verblödeten Vorträgen zwingt, ein.

Herr Geheimrat Wulff muß zücheln, daß die Stümpert über sich ergehen lassen. Seine Haltung auch in dieser Frage zeigt, wie wenig von dem großen deutschen Kriminalpsychologen Wulff im Ministerialdirektor Wulff erhalten geblieben ist.

Der kommunistische Antrag, der sich gegen die Handlungen des Verhörs und damit gegen die unerhörte Auslegung der Verhörs- und Landesvertragsparagrafen wendet, ist im Rechtsauschuss abgelehnt worden. Die Sozialdemokraten erklärten ebenfalls, daß er entzogen sei, und deshalb stellte der Vertreter der SPD einen eigenen Antrag, in dem eine bestimmte einschränkende Klausel für die Auslegung der Paragraphen vorgeschlagen wird, die die Ausdehnung bis zur Verbotsverfolgung ausschließt. Selbst gegen diesen gemilderten Antrag wandte sich die Mehrheit des Ausschusses, der dem Landtag nunmehr

vorschlägt, den kommunistischen Antrag abzulehnen. Außerdem steht der sozialdemokratische Minderheitsantrag zur Abstimmung.

Genosse Siegel

roßt das ganze schwarze Kapitel der Buchhändlerprojekte auf, das sich gegen die revolutionäre Literatur und gegen die kommunistische Partei insbesondere richtet. Buchhändler, Drucker, Boten sind in Gefängnisse gewandert, weil sie verächtlich revolutionäre Literatur herstellen oder austragen. Wir verlangen Annahme des Antrages.

Der sozialdemokratische Minderheitsantrag wird bei fast gelächerten bürgerlichen Wänden durch eine Mehrheit von Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen.

Der kommunistische Antrag wird durch den Präsidenten damit für erledigt erklärt. Der Antrag liegt, der von der Regierung das Eintreten für Abschaffung der Todesstrafe verlangt, wird vom Ausschuss zur Annahme empfohlen.

Während der Beratung dieses Antrages muß festgestellt werden, daß es der Justizminister v. Jumentz nicht für nötig hält, der Verhandlung beizumohnen. Er läßt sich würdig durch den ungeschulten Wulff vertreten, der durch Verlesung von Zahlen darzulegen verliert, daß „Abschaffung“ durch Vollstreckung der Todesstrafe notwendig sei. Babel (Soz.) wendet sich scharf gegen diese Einstellung. Dabei ist charakteristisch, daß er lobend hervorhebt, daß das Volk 1918 seine Revolution ohne „An-der-Band-Stellen“ durchgeföhrt hat. Daraus leitet er die Reife des deutschen Volkes für die Abschaffung der Todesstrafe ab.

Der Nationalsozialist Tittmann setzt sich in geradezu anwidriger Form für die Todesstrafe ein. Tittmann verlangt die Todesstrafe als „Auscheidungsmittel“. (Stürmische Zurufe bei den Kommunisten und Sozialdemokraten.)

Genosse Stewert tritt für den Antrag ein, weil die kapitalistische Gesellschaft nicht das Recht hat, diejenigen zu töten, für deren Verbrechen ihr System verantwortlich ist. Aber ein Arbeiterstaat, der im Kampf gegen eine kapitalistische Welt steht, hat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, sich gegen kapitalistische Agenten zu wehren, deren Verbrechen Hunderttausende von Menschenleben geföhren. Kriminelle Verbrechen, die aus der Klassegeheimnis resultieren, werden in der Sowjetunion nie mit dem Tode bestraft. Unser Ziel ist die Vereinfachung der Verhältnisse, die solche Verbrechen gebären. (Bravo! bei den Kommunisten.) Der in Deutschland herrschende Ausbeuterklasse sprechen wir das Recht ab, Todesurteile gegen Opfer ihrer verbrecherischen Herrschaftsmethoden zu fällen.

Der Mod der Fallbeispiel

Deutschnationale, Volks-, Wirtschafts-„Rechts“-Parteier, und die beiden nationalsozialistischen Ehrenmänner stimmen gegen den Antrag, der dennoch

mit großer Mehrheit angenommen wird!

Schließlich steht noch zu zweiter Beratung der kommunistische Antrag auf Änderung der Strafprozessordnung. Die Regierung erklärte sich für einen Teil der Forderungen, lehnte den anderen wegen Geldmangel aber auch wegen der Reichsstrafprozessordnung ab. Die Sozialdemokraten begünstigten sich mit dieser Erklärung und erließen, damit den Antrag für erledigt zu erklären. Niemand wagte jedoch, die innere Berechtigung der kommunistischen Strafprozessforderungen zu bestreiten.

Da Beschlussunfähigkeit festgesetzt wird, verlegt man die Abstimmung auf die nächste Sitzung, die Donnerstag den 1. Dezember stattfindet. In dieser Sitzung wird auch der kommunistische und der sozialdemokratische Antrag zum Ehrenkämpferkampf in Dresden behandelt.

Die Grundfrage der Krise in Rumänien

(Von unserem Korrespondenten)

Bukarest, 29. November.

Der Tod des Ministerpräsidenten Bratianu bedeutet einen schweren Schlag für die Diktatur der Großhändler (Liberalen Partei) in Rumänien. Dies in einem schwerwiegendsten Augenblick der rumänischen Krise. Der Freiheitskämpfer Manulescu war kein Anzeichen der Entspannung zwischen den kämpfenden Parteien des Landes. Die Regierung Bratianu sah im Gegenteil, daß nach dieser Niederlage ein Zurückweichen verhängnisvoll wäre. Sie traf fieberhafte Maßnahmen zur Festigung ihrer Autorität im Staatsapparat, setzte einen der „undisciplinierten“ Militärdiktator ab und polemisierte öffentlich gegen das Kriegsgericht. Bratianu hatte sich entschlossen, durch stärkste Maßnahmen die Opposition entweder zu machen, oder aber zu vernichten. Nicht nur wurde der Kongress der Nationalen Bauernpartei verboten, sondern der Innenminister Duca erklärte, daß die Regierung keinerlei Verhandlungen der Opposition zulassen werde, so lange die Dynastiefrage auf der Tagesordnung steht. Er erklärte, die Regierung werde sich in allen anderen Fragen über die Gehehe und die Konstitution hinwegsetzen. Dies sei ein Gebot der jetzigen Krise.

Trotz alledem zeigte sich die Verfaßt Bratianu und sein Ministerrat zum eigenen Staatsapparat in der Freilassung des früheren adreantischen Präzisten Kintu, der wegen zaristischer Antriebe vor ein Kriegsgericht kommen sollte. Bratianu war eben klug genug, dies haben wir gerade in unserer letzten Kammer betont, um zu verstehen, daß unter rumänischen Verhältnissen die offene Diktatur, ohne Autorität eines Königs, eine große Schwäche der tatsächlichen Diktatur bedeutet.

Durch den Tod Bratianus ist nun ein Felsen aus dem Wege der Opposition geräumt. Seine Nachfolger werden wohl kaum vermögen, die schwache Politik des bisherigen „Chefs“ fortzuführen. Nicht nur kann ein Kampf zwischen Vintila Bratianu, dem Bruder des Verstorbenen und Duca, dem Innenminister, um die Ministerpräsidentenschaft entbrennen, aber kaum wird sich die Liberale Partei ohne offene Diktatur auskommen können. Der Diktator aber ist tot, der liberale General Presan nicht populär, Vintila Bratianu nicht geschickt genug.

Der Widerstand der oppositionellen Parteien gegen die Diktatur hängt heute von der Stellung der Nationalen Bauernpartei, der härtesten Massenpartei des Landes, ab. Noch vor dem Tode Bratianus hat die Sitzung des Exekutivkomitees dieser Partei eine scharfe Resolution angenommen, wonach gegen die ungeschicklichen Willkürmaßnahmen der Regierung und gegen ihre Verbrechen der „Widerstand der Bürgerschaft“ organisiert werden soll. In einem Manifest an das Land wird die offene Diktatur festgesetzt, die Regierung für usurpatorisch erklärt und ihr Rücktritt gefordert.

Zwar ist durch diese Drohungen auch die neue Regierung Vintila Bratianu nicht direkt gefährdet, weil die Nationale Bauernpartei unter keinen Umständen revolutionäre Mittel anwenden will. Aber ohne Bratianu und mit unbedingt verächtlicher Diktatur ist die „liberale“ Reaktion in Rumänien ein sehr gefährliches Bollwerk gegen den hochgehenden Ansturm der Massen. Die verächtliche Diktatur wird den Weg der kampfbereiten Arbeiter- und Bauernmassen nur ebnen.

Vom Tage

Leichenfund auf freiem Felde

II. Frankfurt a. M. In der Nähe des Taunusstädtchens Kronberg wurde auf freiem Felde die Leiche der 27jährigen Auguste Gerber aus Frankfurt a. M. mit mehreren Stichverletzungen am Hals und einer schweren Gesichtsverletzung aufgefunden. Als Täter kommt ohne Zweifel der Bekannte der Gerber in Frage, der 27jährige Arbeiter Peter Müller. Der derzeitige Aufenthalt des Müller ist nicht bekannt. Die Möglichkeit, daß er Selbstmord verübt hat, ist nicht ausgeschlossen.

Die Millionenforderungen bei den Leunawerken.

II. Kiel. Der wegen Beteiligung an den Millionenforderungen bei den Leunawerken in Kiel verhaftete Geschäftsführer St. ist wegen Erkrankung seiner Frau und wegen nicht bestehenden Haftverbots aus der Haft entlassen worden.

Ein Neanderthalhüdel aufgefunden?

II. Wien. Wie die Wiener Allgemeine Zeitung aus Pina berichtet, wurde im sogenannten Höllgang, einem Seitenarm der Donau, ein vermutlich verfeinerter Menschenkopf gefunden, von dem manche glauben wollen, daß es der Kopf eines Menschen der Neanderthalrasse sei.

Eine Höllenmaschine auf einer mazedonischen Eisenbahnstrecke.

II. Belgrad. Wie aus Skopje gemeldet wird, wurde vorgestern abend bei der Station Solozar kurz vor Eintreffen eines Zuges auf den Schienen eine Höllenmaschine entdeckt. Man nimmt an, daß die Maschine von Komitassen gelegt worden ist.

Im Zusammenhang mit den Moranschlägen bei Alexandrow wurden mehrere Verhaftungen von der jugoslawischen Polizei vorgenommen.

Schweres Unwetter über England.

II. London. Der britische Dampfer Voh Bonar, 9403 Tonnen groß, ist in der Nähe der Burbo Bank an der Mündung des Merseyflusses auf Grund gelaufen. Passagiere und Besatzung, bestehend aus 72 Köpfen, wurden durch Rettungsboote an Land gebracht. An der Küste von Norfolk war gestern die Schifffahrt durch Stürme schwer beeinträchtigt. Mehrere Fischerboote und Fischer sind gesunken.

Der über Südbengalen in den letzten Tagen niedergegangene schwere Regen hat zu großen Ueberschwemmungen geföhrt. Die nordwestlichen Vororte Londons haben zum Teil unter Wasser. Mehr als 100 Häuser sind von der Außenwelt ziemlich abgeschnitten. Durch Erdstöße sind erhebliche Störungen im Eisenbahnverkehr entstanden. Die Themse und ihre Nebenflüsse im Norden Englands führen Hochwasser.

Tränengas im Kampf um das Eigentum

II. Boston. In einer heißen Straße kam es zu einer wüsten Schießerei. Eine weiße Frau, zwei Negro und eine Negetin, die von der Polizei gesucht wurden, hatten sich in einem Wohnhause verbarrikadiert und lehnten die Aufforderung der Polizei auf Liebergabe ab. Die Polizei bombardierte das Haus acht Stunden lang mit Maschinengewehrfeuer, Bomben und Handgranaten, doch wurde das Feuer Schuß für Schuß erwidert. Die vier Personen, die im Laufe des Kampfes verwundet waren, wurden schließlich überwältigt und verhaftet. Nach weiteren Tränengas erzwungen, das durch die Fenster des zweiten Stockwerkes gelassen wurde.

Auf dem Marsche . . .

Vom Geschäftsunternehmen zur Genossenschaft

Wenn wir Kommunisten, durch bestimmte Vorfälle und die Auswirkungen einer bestimmten Politik gezwungen, Kritik an der Tätigkeit der Genossenschaftsbureauskratie üben, werden unsere Argumente oft mit der oberflächlichen Bemerkung abgetan, wir opponieren „um der Opposition willen“ und würden „aus Prinzip“ keine Fortschritte und Erfolge anerkennen. Daß dem nicht so ist, konnte dem aufmerksamen Beobachter, die Praxis unserer Genossen im Konsumverein Vorwärts und die Werbung für die Genossenschaften durch unsere Presse zeigen. Allerdings geben wir von anderen grundsätzlichen Erwägungen aus als die zum größten Teil völlig reformistisch eingestellte heutige Führung der deutschen Konsumvereine. Wir Kommunisten wenden uns hauptsächlich gegen die gefährliche Illusion, als könne mit der Ausbreitung der Genossenschaftsbewegung die kapitalistische anarchische Wirtschaftsordnung auf friedlichem Wege „überwunden“ und durch die sozialistische Planwirtschaft ersetzt werden. Nicht scharf genug kann man diesem reformistischen Irrglauben entgegenreten. Wir Kommunisten sagen klar und deutlich, daß

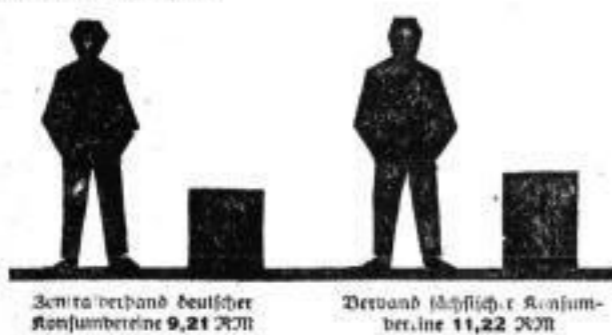
erst die gewalttätige Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei die Konsumgenossenschaften zu einem wirklich entscheidenden Faktor im Wirtschaftsleben und zu einem sozialistischen Element in der Periode der Übergangswirtschaft der Epoche der Proletarierdiktatur werden können.

Das hindert uns natürlich nicht, jetzt schon am Auf- und Ausbau der Genossenschaftsbewegung zu arbeiten und sie zu einem Kampf- und Schulungsinstrument der wertvollen Schichten im Klassenkampf gegen die noch herrschende Großbourgeoisie zu machen. Von diesem Klassenstandpunkt aus betrachtet, gewinnt erst die Genossenschaftsbewegung an wahren Wert, wird sie zur „dritten Säule der Arbeiterbewegung“. Obgleich also z. B. in Dresden der große Konsumverein Vorwärts wirklich hervorragend auf rein organisatorischem u. geschäftlichem Gebiet arbeitet, hat die Genossenschaftsopposition noch ungeheure Arbeit zu leisten, wenn sie die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis ziehen will. Doppelt bedauerlich, aber auch bezeichnend ist es deshalb, wenn Leute vom Schlage einer Frau Wittner, nicht aber ein so treuer und zuverlässiger Genossenschaftler wie der Cottauer Arbeiter Triebel in der letzten Vertreterversammlung in den Aufsichtsrat des Vorwärts gewählt wurde. Gerade hier war ein belebendes Element am Platze, gerade hier tut frische, rote Blutzufuhr not. Und die Mitgliedschaft des Konsumvereins Vorwärts sollte besonders deshalb auf Aenderung dieser Verhältnisse bedacht sein, weil ihre Treue und Anhänglichkeit in Verbindung mit einer zweifellos vorhandenen, aber noch einseitigen geschäftlichen Großzügigkeit der Leitung den Konsumverein Vorwärts zu einer der bedeutendsten Genossenschaften Deutschlands gemacht hat. Zwei Statistiken, die wir dem gedruckten Bericht des Vorwärts für das Geschäftsjahr 1926/27 entnehmen, beweisen das:

Der Durchschnittsumsatz 1926 betrug danach je Mitglied im



Das Geschäftsguthaben am 31. Dezember 1926 betrug je Mitglied im



Hieraus ist zu ersehen, daß die breite Mitgliedschaft in der Dresdner Genossenschaft mehr als bisher in Anbetracht ihres wachsenden Anteiles an der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes auch auf den Gesamtkurs der Genossenschaft ihren Einfluß geltend machen muß, wenn sie dem Sinn der Genossenschaftsbewegung gerecht werden will. Sie sollte sich gründlich mit den Fragen der Genossenschaftsbewegung im ersten Arbeiterstaat, der Sowjetunion, beschäftigen, wo nach Richtlinien des großen Theoretikers und Praktikers der Genossenschaftsbewegung, Lenin, den Genossenschaften eine ungeheure Rolle im Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsordnung zugewiesen ist. Hieraus die Lehren zu ziehen und dann in Gemeinschaft mit der Genossenschaftsopposition um die ideologische Durchdringung des Dresdner Konsumvereins mit den Prinzipien des

revolutionären Klassenkampfes und marxistisch-leninistischer Taktik zu ringen. Die Genossenschaft ist nicht ein „billiges Einkaufsinstitut“ gegen die kleinen und kleinsten Händler und Gewerbetreibenden, sondern soll eine ökonomische Kampfpotentialität der Arbeiterklasse gegen die großkapitalistischen Warenkonzerne sein, ein Kampfinstrument gegen die kapitalistischen Monopole und nicht zuletzt

ein Proviantlager für die im Wirtschaftskampf befindlichen Arbeiterarmeen.

Zur Herausarbeitung dieser grundsätzlichen Auffassung hat die kommunistische Partei als Erbin der marxistischen Grundlehren auch in Dresden die Schulung ihrer Genossenschaftsmitglieder in die Hand genommen. So wird u. a. am kommenden Sonnabend und Sonntag in Dresden (Brandenburger Hof) der Genossenschaftliche orientierter Vortragsabend, der die Tätigkeit der russischen Genossenschaften eingehend studiert hat, die Fragen der Genossenschaftsarbeit grundsätzlicher erörtert. Dieser Vortrag sollte von allen kommunistischen Genossenschaftsmitgliedern besucht werden, gilt es doch, in den Hirnen der Dresdner Konsumvereinsmitgliedschaft Brechen für die hohen Ziele des revolutionären Genossenschaftsgedankens zu schlagen. Gehen wir mit aller Gründlichkeit an diese Vorarbeit, so werden wir in nicht allzu ferner Zeit auch in Dresden erreicht haben, daß höher als Gefrierfleischessen und Abendunterhaltungen bei Kaffee und Kuchen den Mitgliedern und Funktionären der Genossenschaft die Beschäftigung mit den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Kampfzügen der werktätigen Bevölkerung und der Arbeiterklasse stehen wird. Dann wird der erste Schritt getan sein, der den geschäftlich hervorragenden Konsumverein Vorwärts auch politisch auf eine höhere Stufe zu stellen imstande ist und ihn wirklich zu einer Säule der Dresdner Arbeiterbewegung werden läßt.

Botenkinische Dörfer

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Die ärztliche Studienkommission des Völkerbundes hatte vom 16. bis 22. Oktober d. J. Gelegenheit, medizinisch-politische, wohlhabenspflegerische und gewerbezuhilfliche Verhältnisse im Freistaat Sachsen kennen zu lernen. Besonderer Wert war nach dem Wunsche des Völkerbundes auf die Verhältnisse in mehreren Orten und auf dem Lande gelegt worden. So wurden u. a. die Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge in der Stadt Freital besichtigt. Ein wesentlicher Teil der kurzen, zur Verfüng stehenden Zeit wurde der Heimarbeit in der sächsischen Schweiz (Sachsen) und im Erzgebirge (Sachsen-Oberharz) gewidmet. Unter Führung der zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten und Beteiligung des Landesgewerbebezuges, der u. a. Vorträge über die Mitwirkung des Arztes in der Wohlfahrtspflege hielt, wurden den Völkerbundärzten eine Reihe von Heimarbeitsbetrieben sowie einige Fabriken und endlich die Spielwarenfabrik in Grünhainichen gezeigt. Am Schlußtage in Leipzig wurden endlich zwei für die Leipziger Industrie typische Großbetriebe unter Beteiligung des Gewerbeaufsichtsamtes besichtigt. Aus den wiederholten Dankesworten der Auslandsärzte ging vornehmlich das hervor, daß sie alle überzeugt waren, die Arbeit in der sächsischen Industrie, ihre wirtschaftliche Lage sowie die sozialen Verhältnisse der Arbeiter so kennen gelernt zu haben, wie sie wirklich sind (?). Die schwierige wirtschaftliche Lage Sachsens wurde ebenso anerkannt wie die besonders schwere Arbeit der Gewerbeaufsicht, die, wie der Vertreter Hollands in seiner Schlussausrede besonders hervorhob, gerade wegen der engen Verknüpfung von Volkswohlstand und Industrialisierung einen viel ausgeprägteren sozialhygienischen Einfluß bedürfte als anderswo. Daß die Bemühungen um die gesunde Jugend auf der Jugendburg Hohlfeld und die Aufopferung der Lehrer und Erzieher in der Landesblindenasylstiftung sowie in der Taubstummenanstalt tiefen Eindruck auf die ausländischen Gäste gemacht haben, sei zum Schluß noch ebenso hervorgehoben wie der Besuch der

Landeshell- und Pflegeanstalt in Annaberg und der sächsischen Gasteube der Landesversicherungsanstalt. Soweit die Juristen: Wir fragen: Hat man die Sächsischen Bundestagungskommission auch das Haus Kosenstraße 1 gezeigt? Hat die ärztliche Kommission die 2000 abbruchreifen Wohnungen, die nach immer behauptet werden, besichtigt? Haben die Delegierten bei Besichtigungen mit den Arbeitern und Betriebsräten gesprochen?

Kämpf gegen jede Forderung des Miet- und Pachtgesetzes

Der Mietbewohnerverein von Neu- und Oppelvorstadt nahm folgende Resolution einstimmig an: „Die Verammlung des Allgem. Mietbewohnerverein Neu- und Oppelvorstadt vom 17. November 1927 beschließt, nachdem sie die Ausführungen des Reich. Arch. Vogner zu den Reichstagsberatungen über das Mieterschutzgesetz gehört hat, den Antrag der kommunistischen Partei auf Verlängerung des Gesetzes bis 1933, sowie dem einen Antrag der SPD, auf Beibehaltung des Paragraphen 52, beizupflichten und sieht hierin die einzige Forderung, die die Mieterschaft vor weiterer Ausbeutung der Hausbesitzerklasse schützt. Die Verammlung ersucht alle Arbeiterparteien in den Parlamenten gegen jede weitere Lockerung des Mieterschutzgesetzes zu stimmen und obige Forderung durch Zusammenfluß durchzusetzen.“

Dr. med. Johanns Vorträge über Sexualität in Dresden

Der bekannte Arzt Dr. med. Johann, Vertik, wird auf Veranlassung des Gauess Dresden des Verbandes „Volksgesundheit“ am Sonnabend, dem 3. Dezember, im Trianonssaal über „Sexualität im Strafrecht“ und am Sonntag, dem 4. Dezember, vormittags, in der Reichshalle über die „Geschlechtsnot der Erwachsenen“ sprechen. Die Vorträge sind außerordentlich zeitgemäß, da jetzt im Reichstag der Gesetzesentwurf zur Reform des Strafrechts zur Beratung vorliegt. Im Strafrecht spielt ja die Sexualität eine große Rolle. Durch die Fortschritte der Natur- und Sozialwissenschaften hat sich vieles als veraltet erwiesen, und es bedarf die Rechtsprechung gerade auf dem Gebiete des Sexuallebens einer ganz besonderen Reform. Leider gibt es wohl kaum ein Gebiet, über welches die große Volksmasse und selbst viele Gebildete so wenig unterrichtet sind als wie über dieses Gebiet. Es bedarf deshalb dringend der Aufklärung in dieser Beziehung, um die Gesetzgebung in vernünftiger Weise zu beeinflussen. Aber auch sonst ist die geschlechtliche Aufklärung dringend geboten. Insbesondere müssen die Eltern darüber unterrichtet werden, wie sie geschlechtliche Verfehlungen ihrer Kinder verhüten können. Viele jugendliche Missetaten in dieser Beziehung nur aus Unwissenheit, und es könnte manches Unheil verhütet werden, wenn die Jugend über geschlechtliche Dinge besser unterrichtet wäre.

Gen. Dr. Johann ist ganz besonders befähigt, über Sexualität aufklärend zu wirken. Als Stabsarzt in Berlin hat er langjährige Erfahrung, er ist an dem bekannten Institut für Sexualforschung von Dr. Hirschfeld, Berlin, tätig, und endlich hat er durch eine große Anzahl Schriften über geschlechtliche Aufklärung insbesondere auch der Jugend, den Beweis erbracht, daß er ganz besonders zur geschlechtlichen Aufklärung berufen ist. Der Besuch der Vorträge ist darum nur dringend zu empfehlen.

Zusammenstoß zwischen Auto und Eisenbahn. Am Dienstag in der 13. Stunde fuhr ein Auto einer hiesigen Expeditionsfirma von der Freiburger Straße kommend die Bauhofstraße entlang, um die Eisenbahngleise kurz vor der Hochhofstraße zu überqueren. Der Führer des Autos hat den heranabgehenden Markt- und Straßenbahnzug ebenfalls nicht beobachtet und fuhr in diesen hinein. Beim Versuch, den Wagen zum Stehen zu bringen, rief er einen Baum an und non einem Wagen des Juges ein Trittbrett ab. Unglücklicherweise stand auf diesem ein Schirmreißer der Reichsbahn, dem bei dem Zusammenstoß ein Bein schwer verletzt wurde, was seine sofortige Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machte. Der Führer des Autos blieb unverletzt.

Im vollsten Einvernehmen?

Eine Antwort an den Dezerenten der Straßenbahn, Dr. Albrecht

Von einem Straßenbahner wird uns geschrieben: In der letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums standen u. a. die sich jetzt geradezu katastrophal mehrenden Straßenbahnzusammenstöße zur Debatte. Vom Genossen Stadtverordneten P a d e, der selbst Mitglied des Betriebsrates der Straßenbahn ist, wurde eingehend Stellung genommen zu allem, was die Ursachen der vielen Zusammenstöße sein könnten, und auch wie man solche Unglücksfälle, wie die in Coshüh oder Königsbrüder Straße-Bischhofsweg und andere, für die Zukunft verhindern kann. Zunächst einmal wollen wir beleuchten, was der Dezerent der Straßenbahn, Dr. Albrecht, hierzu zu sagen hatte. Da ist es besonders eine Aeußerung, die beim Straßenbahnpersonal ungeheure Empörung ausgelöst hat. Dr. Albrecht sagte, die Fahrzeit, oder besser Reisegeschwindigkeit, die im neuen Winterfahrplan wieder neu festgelegt worden ist, sei im vollen Einverständnis mit dem Personal vereinbart worden. Wie schön doch so etwas für Richtkennner der Straßenbahnverhältnisse klingt. Was haben wir aber als Straßenbahner zu dieser geradezu unverschämten Aeußerung, die den tatsächlichen Verhältnissen direkt ins Gesicht schlägt, zu sagen: Jeder Arbeiter in der Industrie kann ein Liedchen davon singen, was Rationalisierung ist. Dieselbe wird ausschließlich auf Kosten der Arbeiter durchgeführt. Wir Straßenbahner erleben, wie unsere Arbeitsbrüder in der Industrie, ebenfalls ein Stück Rationalisierung nach dem anderen. Die Arbeitsleistungen des einzelnen sind bis an die Grenze des Möglichen herangebracht worden. Was nun für den Arbeiter in der Fabrik das laufende Band oder die Arbeitsteilung ist, ist für das Personal aller Straßenbahnen die Fahrzeit, daß also der Führer schneller fahren muß und der Schaffner die Abfertigung an den Haltestellen beschleunigen muß, so spart man eben Personal und Wagen. Nun, würde dieses Kürzen der Fahrzeiten in vernünftigem Maße vorgenommen und immer die jeweiligen Verhältnisse mit berücksichtigt, so könnte man sagen, daß man dem zustimmen kann. Der ganze moderne Verkehr ist auf erhöhte Geschwindigkeit umgestellt. Die Tage der Pferdebahnen sind auch bei uns vorbei. Das Publikum muß sich diesen veränderten Verhältnissen ebenso wie das Personal ebenfalls mit anpassen. An den Haltestellen muß das Aus- und Einsteigen beschleunigt vorgenommen werden usw. Dies alles versteht sich von selbst. Aber was tut unsere Direktion? Sie

führt die Fahrzeiten so, daß an eine ordnungsgemäße, gefahrlose Abwicklung des Verkehrs überhaupt nicht mehr zu denken ist. Beobachte nur einmal, Arbeiter, wenn du aus der Fabrik kommst, wie der Führer zu fahren gezwungen ist; würdest du noch Fachmann sein und wüßtest, was der Führer noch alles während des Fahrens zu beobachten hat: trockene, schlüpfrige Schienen usw., die ständen die Haare zu Berge, und du würdest dich so sorglos der Straßenbahn nicht mehr anvertrauen wie früher. Oder weiter, denke an den Schaffner und beobachte auch hier einmal, wie er, trotzdem man ihn bald zerdrückt, schiebt und stößt, jeden Bruchteil einer Sekunde ausnutzen muß, um flott abzuhängen oder kassieren zu können. Wie folgenschwer kann ein falscher Handgriff für den Führer als auch für den Schaffner werden! Und denke auch an dich als den Fahrgast, der du heute fast den doppelten Fahrpreis von früher bezahlen mußt. Kannst du dich noch sorglos in eine Straßenbahn setzen? Die Rationalisierungsmethoden der Straßenbahndirektion gefährden Fahrgast und Personal gleicherweise. Die letzte verkürzte Fahrzeit im Winterfahrplan bringt der Direktion eine Mehreinnahme von über 1 Million Mark im Jahre. Aber auf Kosten des Personals und auf Kosten der Sicherheit. Der Betriebsrat hat diesmal bei Festlegung der neuen Fahrzeiten eine Sitzung mit der Straßenbahndirektion in einem noch nie dagewesenen Umfange geführt und immer wieder darauf hingewiesen, daß in diesem von der Direktion gewünschtem Umfange es unmöglich ist, einen geordneten Betrieb aufrechtzuerhalten. Es kann also durchaus nicht von einem vollen Einverständnis die Rede sein!

Das Personal der Straßenbahn fordert nach wie vor die 8 stündige Arbeitszeit und verlangt, daß in dieser Arbeitszeit nur eine Arbeitsleistung gefordert wird, die menschenmöglich ist. Dazu gehört auch eine Aenderung der jetzt bestehenden Dienst- anweisung und Beseitigung des Beschwerewesens. Auf jeden Fall wenden sich aber die bei der Straßenbahn Beschäftigten entschieden dagegen, daß die jetzige Fahrzeitregelung mit ihrem Einverständnis getroffen sein soll.



Arbeiterport

Rückblick und Ausblick im Internationalen Arbeiter-Fußballsport

WPD. Eine Hochkultur internationaler Fußballspiele überschwebte diesen Sommer den Arbeiterport. Dagegen verblieben die inländischen Spiele. Das abschließende Urteil: es waren genug und zudem der internationalen Begegnungen. So verständlich die Schwächung des internationalen Solidaritätsgefühls durch Veranstaltung recht vieler internationaler Begegnungen war, so gesund ist der Vorzug: künstlich hausbackener mit der den Spielen innewohnenden agitatorischen Kraft umzugehen. Internationale Spiele dürfen nicht zum täglichen Abendbrot werden. Sie müssen gut aufgezogene, fettene, darum aber um so begeisterte und herzliche, alles überragende öffentliche Ereignisse sein, die weit über die Arbeiterportkreise in der großen Arbeiterbewegung Anziehungskraft und Wirkung ausüben.

Auch die Fußballabteilung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ist mit den Abschlüssen der großen Länderspiele für 1928 hausbackener gewesen. Ende Juli wird die deutsche Ländermannschaft nach dem Land der tausend Seen fahren, um gegen die finnische Ländermannschaft, ihren Rivalen vom 1. Arbeiterolympia 1925, anzutreten. Auf der Rückreise ist ein Gastspiel im Lettland vorgesehen. Ueberragende Bedeutung beansprucht das Rückspiel Österreich-Deutschland auf deutschem Boden. In ihm steht die Frage um die Vorkerschaft im Fußball in der Lagerner Sport-Internationale zur Beantwortung. Deutschland schlug Österreich in Wien 3:1, Österreich allein ist es vorbehalten, die russische Ländermannschaft geschlagen zu haben, was Deutschland nicht gelang. Zu den hochgespannten technischen Erwartungen kommt hinzu, daß das Spiel anlässlich des nächsten Bundestages nach Leipzig gewünscht wird, um dem Bundestag in seiner Gesamtheit die Spieltaktik des Arbeiterfußballsports vor Augen führen zu können. Der Gedanke ist sehr gut und trägt zur Anziehungskraft des Treffens bei.

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“

Ist mit 200 000 Mitgliedern in 4900 Ortsgruppen der größte Radfahrerverband der Welt. 1896 mit 400 Mitgliedern in 18 Ortsgruppen gegründet, hat er es in der Zeit seines 32jährigen Bestehens zu ganz bedeutenden Erfolgen gebracht. Das Bundesvermögen betrug 1897 nur 1000 RM. Jetzt besitzt der Bund in Offenbach a. M. ein eigenes großes Verwaltungsgebäude, drei Wohnhäuser, ein Fahrradgeschäft mit 19 Filialen und vielen Verkaufsstellen und ein großes Werk für Fahrradbau. Das Fahrradhaus und die Fahrradfabrik „Frisch auf“ arbeiten unter Ausschaltung privatkapitalistischer Gewinn-Erzielung nur im Interesse der Mitglieder des Bundes. Das Werk kann jährlich 20 000 Räder fertigen. 1925 führte der Bund eine Unternehmungskasse für Haftpflichtfälle und Diebstahlfälle ein, denen sich 1928 eine Haftpflichtversicherung für Motorradfahrer anschloß. Unter der Monarchie waren die Arbeiterradfahrer gleich den Arbeiterturnern von den Behörden und vom Bürgertum verhaßt und verfolgt. Sie wurden als Vaterlandsfeinde bekämpft und es regnete Geld- und Freiheitsstrafen, viele verloren ihre Arbeitsstellen. Die eifrige Werbearbeit für die Arbeiterradfahrerbewegung und für die Arbeiterschaft trug den Solidaritätsradlern bald den Namen „Rote Kavallerie“ ein.

Ein schlagender Beweis

Ich. In unserer Bewegung ist schon oft über die Unfallfrage gesprochen worden. Alles wird getan, die Zahl der Unfälle, die ganz selbstverständlich — der Charakter des Spieles bringt das mit sich — bei den Fußballspielern am höchsten ist, zu verringern. In allen Zeitungen, allen Versammlungen, allen Übungsstunden, wird auf das dringlichste zur Vermeidung von Unfällen ermahnt. Und dennoch ist bei den Bürgerlichen die Unfallzahl beträchtlich höher! Der Beweis dafür ist glänzend erbracht. Einer in Sachen eingeführten Versicherung gegen Sportunfälle trat als einzige Organisation die der bürgerlichen Fußballer bei. Die nunmehr erfolgte Abrechnung ergibt einen pro Kopf (sollte im Durchschnitt) gezahlten Unternehmungskosten von 1,97 RM. Das ist eine stattliche Summe, die belegt, daß die Spielerschaft hoch beduend härter ist als bei uns. Denn bei uns hat der pro Kopf gezahlte Betrag noch nie 1 RM erreicht, trotzdem sich unsere Versicherung nicht nur auf die Fußballer, sondern auch auf die anderen Zweige der Leibesübungen erstreckt. Das darf uns jedoch keineswegs zu Unvorsichtigkeiten verleiten, sondern muß vielmehr dazu führen, die „Knackien des Sportgenossens“ zu schonen, die wir doch spielen wollen zur Gefundung des Körpers und nicht etwa zu seiner Erkrankung.

Bezirkslehrstätte. Übungsabend für Männer in der 3. Gruppe fällt am Freitag aus. Nächste Turnstunde 9. Dezember in Göndorf.

2. Bezirk, 1. Gruppe. Achtung! Turnwart und Vorturner! Keiner veräume am Sonnabend den 3. 12. 17.30 Uhr, die letzte diesjährige Lehrstunde für Männerturnen in der 8. Volksschule, Moritzburger Platz, Straßenbahnverbin-

dung Linien 10, 15, 17, Haltestelle Moritzburger Straße, Linien 6, 12, Haltestelle Pfaffstraße, und Linie 14 direkt am Platz. Getrunn werden Sprungübungen, Red., Verb., Barren, Medizinball und Liebungswertung an Geräten. Anschließend wichtige Sitzung. Jeder Verein muß vertreten sein.

2. Bezirk, 1. Gruppe. Die an Stelle der Lehrstunde für Kinderturnwart abgehaltene Sitzung beschäftigte sich eingehend mit einem Vortrag des Gen. W. über: „Was muß der Vorturner vom Körperbau des Kindes wissen.“ Gen. W. gab vielerlei gute Winke für die Anwesenden. Im Theoretischen aus der Lehrstunde wurde das zu zeigen gedachte Material ausgiebig besprochen. Für das Kreisfest wurden wichtige Fragen erörtert. Die alten Gruppenkinderturnwart wurden einstimmig wiedergewählt. Die nächste Lehrstunde für Kinderturnwart u. Helfer wird auf den 26. Februar 1928 festgesetzt.

Freier Turn- und Sportverein Dresden 1885, E. B. Freitag den 2. Dezember, 20 Uhr, im Rest. Kette: Verwaltungsausschusssitzung.

Freier Turn- und Sportverein Dresden-Neustadt. Sonntag, 4. Dez.: Nachmittagswanderung nach Baydorf. Treffen: Turnabteilung 14 Uhr Heerstraße, Ede Königsbrüder Straße; Fußballabteilung 14 Uhr Klumpplatz, Ede Götlicher Straße; Sportabteilung 14 Uhr Waldsplatz, an der Uhr. 17 Uhr Eintreffen aller Abteilungen im Gasthof Vogdorf. Dalesst ein Tänzchen.

Freier Turn- und Sportverein Radib. Sonnabend, 3. Dez., 20 Uhr: Erweiterte Turnratsitzung, Raubörje.

Turn- und Sportverein „Frisch auf“, Cannerodorf. 2. Dez.: Versammlung bei Richter. Zuvor gemeinsame Turnstunde.

5. Gruppe (Heide). Sonntag den 4. Dezember, vorm. 8.30 Uhr: Vorturnerturne im Gasthof Stenz. — Sonntag, 18. Dez., vorm. 7.30 Uhr: Gruppenregimentturnen in der Schulkturnhalle in Weidorf.

Freie Sports- und Spielvereinigung Dohna. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 2. Dezember, abends um 18.30 Uhr im Deutschen Schützenhaus. — Sonnabend den 17. Dezember, 17 Uhr, findet im Aufenthaltsraum des Sportplatzes eine außerordentliche Funktionärsitzung statt.

Turn- und Sportverein Weischhufe. Freitag den 2. Dez., nach dem Turnen: Versammlung.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Radeberg. Montag den 5. Dezember Turnratsitzung in der Scharfen Ede 19 Uhr.

Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund, Dresden. Sonntag den 4. Dezember findet 10 Uhr in den Annenwälden, Fischhofplatz, Probe für das Sängerkonzert in Hannover statt. Nur Männerchor. Pflichtveranstaltung!

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgr. Pirna. Sonnabend den 3. Dezember, 20 Uhr: „Stichefilm“ und „Alpine Majestäten“ im Volkshaus. — Sonntag den 4. Dezember: Tages- tour Schrammleine. Hohe Priebe. Abf. 6.32 Uhr (S-Bahn) 1.10 M.). F.: A. Schuster. — Montag den 5. Dezember, 19 Uhr: Vorstandssitzung im Volkshaus.

Rundfunk

Freitag den 2. Dezember:

- 16.30—18 Uhr: Nachmittagskonzert der Schrottensteiner Kapelle aus Lando 1. Tirol.
- 18.05—18.30 Uhr: Leisepoben aus den Neuererscheinungen auf dem Büchermarkt.
- 18.30—18.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Studentenrat Friedel und Viktor Mann: Englisch für Anfänger.
- 19—19.30 Uhr: Vortragsreihe: Geschichte des Romans und der Novelle. 9. Vortrag. Prof. Dr. G. Wittkowski von der Leipziger Universität: Der historische Roman.
- 19.30—20 Uhr: Prof. Rich. Specht-Wien: Die Oper Satyros von E. N. von Reznicek (Uraufführung am 4. Dezember im Neuen Theater in Leipzig).
- 20 Uhr: Wettervorhersage, Schneebericht und Zeitangabe.
- 20.15 Uhr: Sinfonie-Konzert.
- Zugleich Uebertragung auf die Deutsche Welle, Berlin.
- 22 Uhr: Vortragsreihe und Sportfunk.
- 22.15 Uhr: Tanzlehrkurs.
- 22.30—24 Uhr: Tanzmusik.

Am Sonnabend, dem 3. Dezember, im Gasthof Krille, Freital-Döhlen

Gehalmenkonzert

anschließend Ball.

Einlaß 8 Uhr
Eintritt 0,50 RM, Erwerbslose gegen Ausweis an der Kasse 0,30 RM.
Koter Frontkämpferbund, Ortsgruppe Freital.

KPD / Bezirk Ostschlesien / Sekretariat
Adresse: Ebleg. 10, 1001, 1002, 1003, Dresden, W.,
Columbusstr. 9, Tel. 28095 / Der Versammlungsort müssen fröhlich
drei Tage vor dem Versammlungstag im Sekretariat gemeldet sein.
Ausfall in allen Arbeiterkreisen jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr.

Versammlungsstolender

Kommunistische Partei

Die Mitglieder der Kommunist. Partei werden hiermit aufgefordert, am Freitag, Sonnabend und Sonntag die Sammlung der KPD zu unterstützen.

Bezirksleitung der KPD Ostschlesien.

Bischofswerda. Revolutionsfeier in den Sonnenjäten am 3. Dezember, 19.30 Uhr.

Reutitzsch. Revolutionsfeier im Hofgericht, 19.30 Uhr.

Sonntag den 4. Dezember

Kompollitzer. Vorm. 9.30 Uhr im Sekretariat, Columbusstr. 9: Kompollitzerfeier. Sämtliche Kompollitzer der Amts- hauptmannschaften müssen anwesend sein.

Unterbesitz Zittau. 13 Uhr im Kreisheim, Reichenau: Teilnahme am KPD-Untergautreffen. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Sozialpolitischer Informationsabend

Am Dienstag dem 6. Dezember, 19.30 Uhr, spricht die Genossin Dora Wetzel, Stadtverordnete, über unsere Aufgaben auf sozialpolitischem Gebiet. Lokal: Brandenburger Hof. Teilnahme aller Parteimitglieder ist erwünscht. Die K.P.D.

Kommunistischer Jugendverband

Sonnabend - en 3. Dezember:

Groß-Dresden. Alle Gruppen stellen 17 Uhr auf dem Bischof- platz zum Werbeumzug.

Jung-Spartakus-Bund

Donnerstag den 1. Dezember:

Strießen. Gruppenabend bei Genossin Hanna, 17.30 Uhr. Papier und Bleistift mitbringen.

Roter Frontkämpferbund

Freitag den 2. Dezember:

Abt. 4 u. 5. 19.30 Uhr im Rest. Wiederanders lehrer Kur- furs- abend. Die Kameraden der Abt. 4 und 5 haben zeitlos zu erscheinen!

Sonntag den 4. Dezember

Unterzoo Zittau. 13 Uhr im Kreisheim, Reichenau: Untergau- Mitgliederversammlung (Pflichtdienst), anschließend Demon- stration.

Rote Jungfront

Donnerstag den 1. Dezember:

4. Abteilung. 20 Uhr Versammlung im Rest. Kamerad, Oppe- lstraße. Thema: Rote Armee. Erscheinen Pflicht. Gäste willkommen.

Freitag den 2. Dezember:

Groß-Dresden. 19.30 Uhr Besprechung der Bildungsobsteute im Gaubureau. Jede Abteilung hat ihren Bildungsobmann nach dort zu verspflichten.

Heidenau!

Lichtbildervortrag: 3 Jahre Rote Jungfront — Die Rote Armee am Sonnabend dem 3. Dezember 1927, 20 Uhr im Schützenhaus. Eintritt 30 Pf.

Arbeiter von Heidenau und Umgegend, erscheint in Massen!

Roter Frauen- und Mädchenbund

Freitag den 2. Dezember:

Abt. 10, Reich-Dobrich. Alle Mitglieder beteiligen sich an der Feier des zweijährigen Bestehens von Groß-Dresden in den Annenwälden, Fischhofplatz, 19.30 Uhr.

Rote Hilfe

Freitag den 2. Dezember

Radeberg. 20 Uhr im Deutschen Haus: Mitgliederversammlung mit Referenten, überaus wichtige Tagesordnung. Gäste und Sympathisierende willkommen.

Sonnabend den 3. Dezember

Neugersdorf. 19 Uhr im Rest. Louis Köhler, hinteres Zimmer: Mitgliederversammlung. 18 Uhr dafelbst: Kommunale Fraktion Sitzung.

Verband für Feiertagsfeier und Feuerbestattung

Donnerstag den 8. Dezember:

Ortsgruppe Rauhlf. 19.30 Uhr Versammlung mit Vortrag.

Zur Neuwahl der Ortsverwaltungen.

In der Nummer 12 des Parteiarbeiters erscheinen als Bei- lage die Richtlinien zur Neuwahl der Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte. Alle Parteil. und Fraktionsleitungen, sowie die Gewerkschaftsfunktionäre geben sofort Bestellungen für diesen Parteiarbeiter an die Buchhandlung ein.

Arbeiter! Angestellte! Gewerkschaftler!

Wo'en Sie einen materialien Vorle? Dann nehmen Sie erst Fühlung mit dem eigenen Geschäft, bevor Sie Einkäufe tätigen in:

Fahrrädern, Nähmaschinen, Wringmaschinen, Grammophonen
auch auf Abzahlung bei brquemen Raten
Laternen jeder Art, Radioheiz- u. Anoden- batterien, Regenpelerinen, Schallplatten usw.
Fahrrad- fabrik
Unternehmen des Arb.-Radl.-B. Solidarität mit 19 Filialen im Reich
Filiale
Dresden-A.: Könnertitzstr. 17 Telefon 23 977
Nostalg. Listen über Fahrräder, Nähmaschinen u. Grammophone gratis und franko

Nicht weinen, liebe Kinder,
wenn eure Puppe irgendwelchen Schaden erlitten hat oder unscheinbar geworden ist, denn wisst:
Puppen repariert
in Dresden seit vierunddreißig Jahren bekannt solid und fachmännisch
Puppenhaus Schmidt
Annenstraße 10, 1. Stock (am Postplatz)
Puppen jeder Art, Puppenwagen, Puppenkleidung, alle Spielwaren
Riesenauswahl — Vorteilhafte Preise — Telefon 10116

Heidelbeer-
Johannisbeer-
Stachelbeer-
Erdbeer-
Wermuth-
Brantwein
Rum
Arrak
Cognak

Haußwald
Pirna
Am Markt
sämtliche altbekannten
Biere
lieferiert frei Haus und Kantine
Kurt Noack
Dohnaischer Platz

Alle
Lebensmittel
äußerst billig
Fritz Leuschke
Pirna-Copitz
Pflanzstr. 11

R. Kahl
Pirna
Dreite Str. 16
Ledertwaren
und
Polstermöbel

Alle
Backwaren
billig
6% Rabatt
Paul Schumann
Pirna
Echte Burgstr. 1, Lange Str.

Alle
6 Proz. Badwaren
billig und gut
Haußwald
Pirna, am Markt

Küchen
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Reformbetten, Polstermöbel
denkbar günstigste Einkaufsquelle
Sehenswerte Ausstellung / Resenausw.
Zahlungs-Erleichterungen
Möbelhaus Körner
Oppellstraße 26 Gegr. 1886

Reform-Unterbetten, wollene Schlafdecken
Ewald Kluge, Pirna, Lange Straße 17

Naumann- und Köhler- Nähmaschinen
Sprechapparate von einfachster bis elegantester Ausführung
Resenauswahl in Schallplatten
Tollzahlung gestattet
W. Haak
Fahrradhaus
Pirna-Copitz
am Rathaus

Alle
Lebensmittel!
billig
Wilhelm Baerge
PIRNA
6% Rabatt!

Etwas für Sie!
Der neue Schlager-Hut
in Samt, Seide und Filz
2,50, 4,00, 5,00, 6,50, 7,50 M.
Marie Dunkel, Pirna, Barbiergasse 9

Vom Fachmann ausprobierte
Stollenmehle
empfiehlt
Georg Wagner Nachf.
Inh.: E. Kühnel
Pirna, Lauterbachstraße

Reichhaltiges Lager von
Polster-Möbeln
und Lederwaren
CLEMENS MENZER
Pirna-Copitz, Oberplatz 12

Fahrräder, Nähmaschinen
Wringmaschinen, 3 Jahre Garantie
Erfahrungswagen / Schrant- und Tisch-
Sprechapparate / Schallplatten in
großer Auswahl kaufen Sie preiswert bei
Marcus-August
Pirna, Reibbahnstraße 4
Günstige Zahlungsweise

Zum Eisenbahnerkampf

Eine Erklärung des Einheitsverbandes

Die Bezirksleitung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands berichtet:

Die Reichsbahndirektion hat die Bezirksleitung des Einheitsverbandes durch ein vom 20. November datiertes Schreiben, das schon am 23. November durch besondere Folgen zu gestellt wurde, gebeten, über die das Ausbesserungswerk Dresden betreffende Angelegenheit heute mit der Reichsbahndirektion zu verhandeln. Unzutreffend ist die amtliche Meldung, daß die Besprechung von der Organisation angeregt wurde. Hierüber wird aber erst nach der Besprechung berichtet.

Zu der nunmehr endlich vorliegenden Stellungnahme der Reichsbahndirektion muß unbedingt folgendes festgestellt werden.

Die örtliche Werkleitung hat nicht nur vor dem 8. November, sondern auch nach dieser Zeit gegen die Gebührenden des Tarifvertrages verstoßen. Bezüglich der Zeit vor dem 8. November liegt sogar die persönliche Bestätigung des Reichsbahndirektionspräsidenten Kluge und Reichsbahndirektors Jäger gegenüber den Vertretern des Einheitsverbandes, Vater und Deller, vor. Weiter spricht die Reichsbahndirektion Dresden in ihrem Pressebericht selbst von einigen, vor dem 8. November befristeten Meinungsverschiedenheiten. Durch diese verbindliche Form wird der Versuch unternommen, gegenüber der Öffentlichkeit die konkrete Tatsache des Tarifbruchs abzuschwächen.

Nach dem 8. November war der Betriebsratsvorsitzende Vogel, da sich das Verhalten der örtlichen Werkleitung trotz befriedigender Rücksprache mit Reichsbahndirektor Jäger nicht änderte, gezwungen, nachfolgenden sachlichen Anschlag anzubringen:

Bekanntmachung

Es gehen uns zahlreiche Klagen darüber zu, daß Stützzeitbildungen vorgenommen werden, ohne daß sich die Zeitermittler zuvor mit den ausführenden Arbeitern in Verbindung setzen. Da dieses Verfahren den Gebührenden widerspricht, erlauben wir die Kollegen, alle derartigen Gebührgesetze dem Betriebsrat als Beweismaterial für die folgenden Verhandlungen zuzuleiten.

Im übrigen empfehlen wir den Kollegen, nach wie vor, mit Ausnahme von allen hohen Ueberordnungen, Stützzeitregulierungen nur dann zuzustimmen, wenn neuen Abzügen an guten auch die Aufbesserung von schlechten Stützzeiten erfolgt.

Vogel, Betriebsrat,
Reichsbahn-Ausbesserungswerk Dresden-Str.

11. 11. 27.

Diese durchaus maßvolle Bekanntmachung wurde von einzelnen Werkbeamten unter Verletzung gesetzlicher Bestimmungen befristet, also abgetrennt. Die Kolonnenarbeiten, den Unfallbereitschaftsdienst zu übernehmen, ist der Reichsbahn sofort angedehnt worden.

Schon im Aufruf aller Funktionäre des Werkes zur Solidarität steht: „Die aktive Unfallkolonne bleibt in der Wohnung.“

Diese Arbeiter durften nicht mit zur ersten Streikversammlung, sondern hatten den ausdrücklichen Auftrag, ohne weiteres jeden Unfalldienst auszuführen. Der Förster Schumann behielt gegen 3 Uhr nachmittags im Auftrag der Werkleitung alle beteiligten Arbeiter und erklärte ihnen: „Ihr seid doch informiert, daß ihr euren Dienst (Unfalldienst) weitermacht.“ Dies wurde ihm von allen Arbeitern sofort bestritten. Um 4 Uhr nachmittags ludte Schumann die Arbeiter aber wiederum im Auftrag der örtlichen Werkleitung auf uns eröffnete ihnen: „Die Verwaltung läßt euch sagen, daß sie eure Bereitschaft nicht braucht, da sie sich anderweit gekümmert hat.“

Dies ist der tatsächliche Vorgang, der durch Zeugen bewiesen werden kann.

Unrichtig ist auch, daß der Verwaltung in mehr als ausreichender Zahl besonders gut im Unfalldienst eingerichtete Personal zur Verfügung steht. Nur das wurde von uns berichtet.

Darüber, daß die Pressestelle Reichsbahndirektion auch befristet, daß unsere Meldung von den 11 000 Reichshafen in Chemnitz unrichtig sei, sind wir geradezu entsetzt. Unserem Verbandesamtspräsidenten Buchwald in Chemnitz wurde kürzlich — geringe Zeit vor den letzten Ereignissen — vom Reichsbahndirektor Friedrich erklärt, die Reichsbahndirektion habe bei ihm angefragt, was eigentlich auf dem Rangierbahnhof los wäre, es liefen nach der amtlichen Betriebsmeldung seit drei Wochen

täglich 800—1000 Wagen weniger ab. Die Pressestelle Reichsbahndirektion hat gegenüber der Öffentlichkeit, besonders gegen über der Presse, die Pflicht, sich auch an objektive Tatsachen zu halten. Diese amtlich durch Reichsbahndirektor Friedrich befristete Meldung über die Chemnitzer Reichshafen ist also noch weit schlimmer, als unsere erste zusammenfassende Meldung über die 11 000 Reichshafen.

Die Organisation hielt es für ihre unbedingte Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit, vorstehende Rückstellungen zu machen, trotzdem, daß die Reichsbahndirektion die Bezirksleitung des Verbandes bereits zu Verhandlungen eingeladen hat.

Die angebotenen Verhandlungen werden von der Organisation selbstverständlich angenommen.

Es ist nur bedauerlich, daß gewisse, uns inzwischen bekanntgewordene Maßnahmen der Direktion darauf hindeuten, daß die angebotenen Verhandlungen nicht unter den erforderlichen Voraussetzungen geführt werden sollen.

Am Schlusse unserer heutigen Meldung müssen wir besonders feststellen, daß es bedauerlich ist, daß wir durch die Pressestelle der Reichsbahn zu vorstehenden Rückstellungen gezwungen sind. Im übrigen sind wir jederzeit in der Lage, den Herren Vertretern der Presse unser Tatsachenmaterial vorzulegen und hoffen, daß wir durch die weitere Entwicklung der Dinge nicht noch gezwungen werden, die Herren Pressevertreter zu einer Besprechung nach dem Landtag zu bitten.

Solidarität mit den Eisenbahnern

(Arbeiterkorrespondenz)

Ich komme täglich mit Eisenbahnbeamten und Arbeitern zusammen. Die Stimmung der Arbeiter, die seit Montag im Streik stehen, ist ja bestens bekannt. Weniger bekannt ist, daß auch die Beamten, insbesondere das Fahrpersonal, in großer Erregung sind. Die unteren und mittleren Beamten der Reichsbahngesellschaft werden gleich den Arbeitern von Dorfmüller und Konforten zu einem Hungerstreik verurteilt. Der Dienst des Fahrpersonals übersteigt alle Grenzen. Die mit bekannten Beamten der Reichsbahngesellschaft wissen zu erzählen, daß sie mit den kämpfenden Eisenbahnarbeitern hart sympathisieren, und daß es ihr Wunsch ist, daß die Arbeiter die Reichsbahngesellschaft aufs Arie zwingen. Innerhalb der unteren und mittleren Beamtenenschaft wird bereits über die aktive Unterstützung des Kampfes der Arbeiter gesprochen. Wie mir berichtet wird, sind breite Teile der Beamtenenschaft zu eingestellt, daß sie es für erforderlich erachten, in Verbindung mit dem Kampfe der Eisenbahnarbeiter ihren berechtigten Forderungen durch Arbeitsinsetzung Geltung zu verschaffen. Meine Gewährsleute lagen aber, daß die unteren und mittleren Eisenbahnbeamten durchaus unehrliche Geminnungen haben, indem sie befürchten, die Arbeiterchaft werde die kämpfenden Beamten der Reichsbahngesellschaft im Stiche lassen.

Anmerkung der Redaktion. Auch von anderer Seite wird uns bestätigt, daß die unteren Beamten in großer Erregung sind. Der Reichsfinanzminister des Bürgerblocks, Röhrer, hat bekanntlich vor einiger Zeit aus reiner Wahl-demagogie eine neue Besoldungsordnung angekündigt. In der gesamten deutschen Presse ist inzwischen gezeigt worden, daß die Versprechungen des Reichsfinanzministers nicht ernst gemeint waren. Dieser fromme Zentrumsmann bestellte sich beim Reparationsagenten Gilbert ein Schreiben, worin gegen die Absicht, die Gehälter der Beamten zu erhöhen, im Interesse der Erfüllung der Dannebergien gewarnt wurde. Alle Anzeichen seit dieser Zeit deuten darauf hin, daß die unteren und mittleren Beamten keine Gehaltserhöhungen erhalten sollen. Ob dieser Behandlung herrscht seit langer Zeit große Erregung in der Beamtenenschaft. Weil die Beamten genau wissen, daß die Reichsbahngesellschaft ungeheure Gewinne abwirft, fordern sie

Achtung!

Peter Graßmann spricht!

Alle Betriebsräte (Ersatzleute) und Gewerkschaftsfunktionäre geben bestimmt am Freitag dem 2. Dezember 1920 Uhr in die Betriebsräte- und Funktionär-Versammlung. Lokal: Dresdner Volkshaus. Thema: „Die Gewerkschaften und die Wirtschaft.“

Betriebsrätekarte u. Funktionärsausweis berechtigt zum Eintritt.

eine den Trennungsvorhältnissen unangepasste Sozialpolitik. Ihren wirtschaftlichen Interessen wurde — vornehmlich im Kampf der Arbeiter — durch die Reichsbahngesellschaft und Bürgerblockregierung durch einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Beamten zu gewinnen, durchgehender Lohn- und Gehälter zu bewilligen. Ein gemeinsamer Kampf der Arbeiter und Beamten der Reichsbahngesellschaft würde lohnpolitisch für die gesamten Lohn- und Gehaltsempfänger von außerordentlicher Bedeutung sein. Ein solcher Kampf würde ganz von selbst seine Spitze gegen das derzeitige reaktionäre Regime richten. Den Sturz der Bürgerblockregierung als Ziel haben müssen. Aufgabe aller Arbeiter ist es, an Hand des Kampfes der Eisenbahner in der gesamten Beamtenenschaft dafür zu werden, daß sie ihre Interessen gemeinsam mit den Arbeitern verteidigt. Mit uns wird das gesamte revolutionäre Proletariat alles tun, um einen derartigen Kampf zum vollen Erfolge zu führen.

Frauenarbeit und Kinderelend in der Zigarrenindustrie

Das ungeheure Elend und die Not haben die Zigarrenarbeiterchaft gezwungen, die Forderung auf 15—20 Prozent Lohnhöhung zu stellen. Es ist Tatsache, daß in der Zigarrenindustrie die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Das kommt daher, weil gerade in der Zigarrenindustrie die Heimarbeit noch groß verbreitet ist, und zum anderen, weil 75—80 Prozent aller Beschäftigten Frauen sind.

Die Maschine konnte die Handarbeit deshalb noch nicht verdrängen, weil zur Zigarrenherstellung nur ein Brett, ein Messer und eine primitive Widelpresse nötig sind. Nach den Feststellungen des Tabakarbeiterverbandes gibt es etwa noch 27 000 Heimarbeiter, natürlich zum größten Teil Frauen und entgegen den gesetzlichen Vorschriften — auch noch Kinder.

In den ärmlichen Wohnungen, gar oft in demselben Zimmer, wo gekocht, gegessen und geschlafen werden muß, arbeiten die Frauen mit ihren Kindern. Der Tabak muß ständig verarbeitet werden. In den dabei entstehenden staubigen und giftigen Gärknoten, in dem beim „Abripen“ entstehenden Staub und bei dem Trocknen der „Widel“ notwendigen Hitze müssen die Kinder und die Familie gar oft nicht nur den ganzen Tag sich aufhalten, sondern auch noch schlafen. Nistha und Tuberkulose ist eine Krankheitsleude unter den Tabakarbeiterfamilien. Tuberkulose wird deshalb im Tabakarbeitermund „Verufskrankheit“ genannt.

Dadurch, daß die Löhne so unerhöht niedrige sind, wird die gesamte Familie gezwungen, mitzuarbeiten. Mutter, Vater und die Kinder arbeiten in der Stube an demselben Tische, wo gekocht wird.

Für 1000 Stück gibt es 12 Mark. Wer fingerfertig ist und nicht von der Arbeit aufsteht, 12—14 Stunden am Tage emsig arbeitet, der bringt am Tage 300—400 Zigarren fertig. Aber von der Woche gehen noch 2 Tage ab, die zum Abkühlen und Zurichten gebraucht werden. Meistens werden diese sonst verloren gehenden 2 Arbeitstage Sonntags und nachts eingebracht.

Als das Elend der Heimarbeiter in der Zigarrenindustrie schon riesengroß, so ist dasjenige der in den Betrieben Beschäftigten nicht minder groß. Afford- und Prämienlosten, Scharbeit mit der Stoppuhr für einen Schandlohn ist ihr Los.

Die Zigarrenfabrikanten erbauen sich riesige Werke, mit allem Komfort ausgestattete Villen — derweil ihre Arbeiter in Elendshöhlen verkommen müssen.

Die Zigarrenarbeiterchaft verlangt eine Lohnhöhung von 15 bzw. teilweise auch von 20 Prozent. Ueberall ist ihre Kampfstimmung sehr gut. Nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen ist es, größte Solidarität mit den kämpfenden Frauen und Männern der Zigarrenindustrie zu üben.

Alte Hungersnot in der Herzegowina

Obwohl bekannt ist, daß Jugoslawien die Kornkammer Südosteuropas und zu 80 Prozent ein Agrarland ist, hat es die reaktionäre und Ausbeutungspolitik der Belgrader Unterdrückungsregierung so weit gebracht, daß in Montenegro, Dalmatien und besonders in der Herzegowina eine akute Hungersnot ausgebrochen ist. Das Organ „Kadbe, Dom“ vom 16. November befragt sich eingehend mit dieser akuten Hungersnot. Dasselbe Blatt meldet, daß am 15. November in Belgrad eine Deputation der Herzegowinischen Distriktsversammlung sich bei der Regierung beschwerte über katastrophale Zustände, die dort herrschen. Das Mitglied einer Delegation, der Priester Danilovic, erklärte, daß bloß in seinem Bezirk (Trbinje) in den letzten Tagen bereits zehn Kinder infolge Hungers gestorben sind. Außerdem liegen zahlreiche Familien infolge Hungers krank darnieder. Allein die Herzegowina würde zur Bekämpfung der Hungersnot 8000 Waggons Getreide benötigen. Die Regierung hat jedoch nur für alle drei Provinzen etwa 1500 Waggons zugelegt.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostschlesener: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Kerner, Dresden. Druck: „Neunagel“, Druckerei Hilde Dresden.

10 TAGE die die Welt erschütterten

• VON JOHN REED
Autorisierte Übersetzung von Willi Selts
Copyright by Verlag für Literatur und Politik, Wien, Berlin SW 44

(29. Fortsetzung)

Lenin an der Spitze der Sowjets

Der Kongreß sollte um 1 Uhr wieder zusammentreten, und der große Saal hatte sich lange vor dem gefüllt. Aber noch gegen 7 Uhr war niemand von der Kongreßleitung zu sehen. Die Volkshewski und Sozialrevolutionäre tagten in ihren Fraktionszimmern. Den ganzen Nachmittag hatten Lenin und Trocki gegen die Kompromißler zu kämpfen gehabt. Ein großer Teil der Volkshewski war zu einer Einigung mit allen sozialistischen Parteien auf der Grundlage der Bildung einer reinsozialistischen Regierung bereit. „Wir können es nicht schaffen; zu viele sind gegen uns. Es fehlen uns die Männer. Wir werden isoliert sein, und alles wird verloren sein.“ So Kamenew, Nifanow und andere.

Aber Lenin und ihm zur Seite Trocki hielten wie ein Fels. Die Kompromißler sollen unser Programm akzeptieren, dann werden wir sie hereinlassen. Nicht einen Zoll breit werden wir nachgeben. Wenn unter uns Genossen sind, die nicht den Mut und den Willen haben, zu wagen was wir wagen, so mögen sie mit dem Rest der Feiglinge und Kompromißler gehen! Wir aber werden, geführt auf die Arbeiter und Soldaten, vorwärtsgen!

Nünf Minuten nach sieben traf die Mitteilung der Linken Sozialrevolutionäre ein, daß sie im Revolutionären Kriegskomitee verbleiben würden.

„Da seht ihr, sie kommen schon“, sagte Lenin. Ein wenig später, als wir in dem großen Saal am Presseisch saßen, machte mir ein Anarchist, Berichterstatter bürgerlicher Blätter, den Vorschlag, zu sehen, was aus dem Präsidium geworden war. Im Bureau des Exekutivkomitees war kein Mensch, leer war auch das Bureau der Petrograder Sowjets.

Wir wanderten von Zimmer zu Zimmer, durch den ganzen Smolna. Kein Mensch schien auch nur die leiseste Idee zu haben, wo man das Präsidium des Kongresses finden könne. Im Gehen schloß ich mir mein Begleiter seine frühere revolutionäre Tätig-

keit, sein langes und angenehmes Exil in Frankreich... Was die Volkshewski betraf, so vertraute er mir an, daß sie gewöhnliche, rohe und unmissende Leute seien, ohne ästhetisches Empfinden. Er war ein echter Vertreter der russischen Intelligenz... So kamen wir schließlich nach dem Zimmer 17, dem Bureau des Revolutionären Kriegskomitees, und fanden dort inmitten des wütenden Kommens und Gehens. Die Tür wurde aufgerissen, und ein unterlegter Mann in einer Uniform, ohne Abzeichen, stürzte heraus. Er schien zu lächeln — bald sah man jedoch, daß dieses Lächeln in Wirklichkeit das gespannte Grinsen äußerster Ermüdung war. Dieser Mann war Krenko.

Mein Bekannter, ein flottes, jovialisiert aussehender junger Mann, ließ einen Freudenruf aus und stürzte vorwärts.

„Nikolai Wosiljewitsch!“ rief er, seine Hand ausstreckend. „Erinnern Sie sich nicht meiner, Genosse? Wir waren miteinander im Gefängnis.“

Krenko machte eine Anstrengung, dachte nach und musterte ihn. „Richtig“, sagte er endlich, den anderen mit einem Ausdruck großer Freundschaft ansehend. „Sie sind... Guten Tag!“ Sie umarmten einander. „Was tun Sie hier?“

„O, ich schaue nur so herum... Sie scheinen sehr erfolgreich zu sein.“

„Ja!“ erwiderte Krenko. „Die proletarische Revolution ist ein großer Erfolg.“ Er lachte. „Niemand — vielleicht werden wir uns wieder im Gefängnis treffen!“

Als wir in den Korridor hinastritten, fuhr mein Bekannter in seinen Erklärungen fort. „Ich bin nämlich ein Anhänger Krapotkins. In unseren Augen ist die Revolution ein großer Mißerfolg; sie hat nicht vermocht, den Patriotismus der Massen zu erwecken. Das allein beweist, daß das Volk für die Revolution nicht reif ist.“

Es war genau vierzig nach acht, als ein Ausbruch jubelnder Begeisterung den Eintritt des Präsidiums, mit Lenin — dem großen Lenin — in seiner Mitte anblitzte. Eine unterlegte Gestalt mit großem, auf hämmigem Hals ruhenden Kopf, ziemlich fahl, kleinen beweglichen Augen, großem sympathischen Mund und kräftigem Kinn; jetzt rasselte, der bekannte Bart jedoch, den er sofort wieder tragen sollte, schon wieder sprossend. In armseligen Kleidern, mit Hosen, viel zu lang für ihn. Unempfindlich für den Beifall der Menge und doch geliebt und verehrt, wie selten ein Führer es gewesen. Ein Volksführer eigener Art —

Führer nur dank der Ueberlegenheit seines Intellekts; farblos, humorlos, unnahelbar. Als Redner nüchtern, aber mit der Fähigkeit, tiefe Gedanken in einfache Worte zu kleiden, die Analyse konkreter Situationen zu geben, und verbunden mit großem Scharfsinn eine außerordentliche Fähigkeit des Denkens.

Kamenew gab den Aktionsbericht des Revolutionären Kriegskomitees: Abschaffung der Todesstrafe in der Armee, Wiederherstellung der Propagandafreiheit, Freilassung der wegen politischer Vergehen verhaftet gewesenen Offiziere und Soldaten, Erlass eines Haftbefehls gegen Krenski, Beschlagnahme der Lebensmittelvorräte in den privaten Warenhäusern. Ungeheurer Beifall.

Noch einmal ein Vertreter vom „Bund“ (jüdische Sozialdemokratische Partei): „Die unnahelbare Haltung der Volkshewski wird den Zusammenbruch der Revolution zur Folge haben. Die Delegierten des „Bundes“ sehen sich daher gezwungen, aus dem Kongreß auszuschleichen.“ Zurufe aus der Versammlung: „Wir meinen, ihr wäret schon gestern gegangen. Wie oft gedentt ihr uns noch zu verlassen?“

Darauf der Vertreter der Internationalistischen Menschewski, von erstaunten Zurufen empfangen: „Auch ihr noch hier?“ Der Redner erklärte, daß nur ein Teil der Internationalistischen Menschewski den Kongreß verlassen habe, der Rest würde bleiben. „Wir erachten die Uebernahme der Macht durch die Sowjets für gefährlich, ja sogar für tödlich für die Revolution (lebhaftes Zurufe); aber wir bleiben im Kongreß, um hier gegen diese Uebernahme zu stimmen.“

Andere Redner folgten. Offenbar ohne bestimmte Anweisungen, welche Stellung sie einnehmen sollten. Ein Delegierter der Kohlenbergleute des Donetzbeckens forderte von dem Kongreß Maßnahmen gegen Kalebini, der mäßigkeitsweise versuchen werde, die Hauptstadt von der Kohle- und Lebensmittelversorgung abzuschneiden. Einige von der Front aneuerkommene Soldaten überbrachten die begeistertsten Grüße ihrer Regimenter. Und nun Lenin, die Hände fest an den Rand des Rednerpultes gekrampt, seine kleinen blingelnden Augen über die Menge schweifend, wartend, bis der minutenlange, ihm offensichtlich gleichgültige Beifallssturm sich gelegt haben würde. Als er endlich neigen konnte, sagte er einfach: „Wir werden jetzt mit dem Aufbau der sozialistischen Ordnung beginnen.“ Und wieder rief wilder Beifallssturm durch den Saal.

(Fortsetzung folgt.)

Carolabad
Pirna - jeden Freitag
und Sonntag
Große Ballschau

Zucker

bei 1 Pfd. 0.33, bei 10 Pfd. 0.30,
im 2-Zentner-Sack 0.29
Schokoladen- und Zuckerwaren-
fabrik Richard Seibmann,
Grenadierstraße, Ecke Dammweg

Dampfbäckerei mit elektr. Betrieb
ff. Frühstücksg Gebäck

Otto Nerinö, Dresden-N.
Löbnitzstraße 13 / Fernsprecher 54137

Neueröffnung!

Zigarren-Spezial-Geschäft
verbunden mit feinen Lederwaren

bisher **H. Schmidt**
Leipziger Straße 85 (gegenüb. Schurpel)
jetzt **C. Kreischar**
bittel um gütigen Zuspruch

Bettfedern

beste gereinigte europäische Qualitäten, in
all drei Arten gefüllt oder ungeschüttelt,
auch man aus techn. techn. Seidenstränge
Arthur Berthold (ehemaliger) Harbaur
Zahnärztliche Stellen - H. Seibmann
Zerlegung und Reinigung a. l. c.
Mag. Kutschke, Dierhermsdorf 127

Winter-Mäntel

überall preiswert
A. Lewandowski, Meißner
Daberberg 5

Jetzt geht meine Uhr wieder

denn ich habe diese bei
Harri Vetter / Pirna
Dohnaische Straße 14
reparieren lassen
Mäßige Preise

Achtung!

• **Stadtdr. med. MAX KODANN, Berlin** •
spricht am 3. Dez., 1930 im großen Saal des Volkshauses über:
Sexualität und Strafrecht;

am 4. Dezember, 10 Uhr, im Reichsbanner (Reichskrone) über
Die Sexualnot der Erwachsenen
Karten zu 50 und 70 Pfennig im Vorverkauf im Relojnhaus,
Freiberger Platz 19
Verband Volksgesundheit, Gau IV, Dresden

Volkstheater Pirna

Montag, den 5. Dezember 1927, 20 Uhr, „Lannenhäe“
Gastspiel des Westfälischen Landestheaters
„Gespensier“

Ein Familiendrama in 3 Aufzügen / Von Hoffen
Machen für diese 4. Pfl. überanstaltung sind die Sonnabend zu erwerben
Sonntag, den 18. Dezember 1927, 15.30 und 20.10 Uhr
Große Weihnachtsmärchen-Aufführung
„Das arme Peterle“ / Von Renner-Dresden
Karten zum Preise von M. 1.- für Erwachsene und 50 Pf. für Kinder
von den am Abend der 4. Pfl. überanstaltung verkauft und sind bei allen
Vorstandsmitgliedern sowie in der Geschäftsstelle Schiller 7. II. zu haben



Liebste Mutter!
Bitte beachte das
Sonderangebot
von
Puppen - Bürlitz
Dresden-A., Annenstr. 37
An der Kirche / Hof links
- Fernsprecher 11236 -
Ständig Eingang von
preiswerten Neuheiten

Sür den
Weihnachts- Bedarf

Zur Hausbäckerei:

Weizenmehl

Kaiserauszug „Wehrenstolz“, Pfd. -.30
Weizenauszugmehl..... Pfd. -.26
Weizenmehl I..... Pfd. -.24
Kaiserauszug, ungarische Art,
Wehrenstolz, Diamant, in
Leinenbeuteln Beutel 1.65

Feinster Zucker
gemahlen

das Pfund von -.36 bis -.32

Zitronat (Sukade)

größtstückige Früchte
Pfund 1.60

Feinstes
Kokosfett

lose, Pfund -.68

Feinstes
Kokosfett

in Tafeln
Tafel.....-.72

Feinstes
Kinderfett

lose, Pfund -.72

Feinstes
Kinderfett

in Tafeln
Tafel.....-.80



Elemé-Kosunen la Pfund -.72
Sultania-Kosunen la .. Pfd. 1.00
Choice-Amalias-Korinthen
Pfund -.78

Mandeln, süß, verlesen, Pfund 2.00

Mandeln, bitter, verles., Pfund 2.00

Seraspelte Kokosnuß
Pfund -.68

Konsumverein

Vorwärts

Warenabgabe nur an Mitglieder

Schauburg

Königsbrücker Straße 55, Tel. 54835

Ab Freitag
Der Terra-Großfilm

Heimweh

Das Schicksal der Vertriebenen

Mady Christians • Wilhelm Dieterle • Livio Pavienelli

Wochentags 18.15, 20.15 Uhr • Sonntag 16, 18.15, 20.30 Uhr

Sonntag 14 Uhr Kindervorstellung „Charley's Tante“ 30 Pfennig

Schauburg-Kulturfilm-Gemeinde Dresden-N.

Große Erdbeben- und Wohlthatigkeits-Vorstellung

Sonntag, den 4. Dezember, 11 Uhr

Die Unwetternacht

Im Auftrage der sechs Regierung vom Wehrkreis, Dresden, hergestellt

Vorher großes KONZERT

ermäßigte Preise

Dort - wo

die Ihre Messer und Scheren geschliffen und
repariert bekommen, kaufen Sie heute im
veredeltes. In eigener Werkstatt prüft
der Fachmann die Länge seiner Ware!
Stahlwarengeschäft Georg Kitzel, Pirna,
Schuhgasse, Nähe Markt.

Kanarienhähne

Stück 10, 12 und 15 M.

Räfige in Holz, Messing und Draht
in großer Auswahl
Vogelzitter-Sperthandlung und
Kanarienzüchterei
E. Schuman Nachf.
Pirna, Markt

Stahlwaren • Schleiferei
Paul Wallmüller sen., Copitz
Pratzschwitzer Straße 21, a. d. Bahnunlerl.

Nähmaschinen • Fahrräder

erstklassige Fabrikate
Grammophone • Schallplatten
Wringmaschinen

billigst bei günstigster Zahlungsweise bei
Max Kuhnert, Mechaniker-
meister
PIRNA, Reitbahnstraße 26
Ecke Breite Straße

Carl Eschke
Schloßstraße 14
Beste
Fabrikate in
Herren-Hüten
und -mänteln
Große Auswahl
Haltbare, dauerhafte
Stiefel und Pantoffel

Puppen jeder Art
Stofftiere in bester Ausführung
Parfümerien / Toiletteartikel
empfehl zu billigsten Preisen

Friseurgeschäft Urban
PIRNA, Schuhgasse 13
- Fernruf 453 -

Briketts
in allen Formaten
Böhm. Braunkohle
sowie Brennholz empfiehlt billigst

Albin Robberger
Copitz, Hauptplatz 10

Wo kaufe ich mein Rad?
meine Nähmaschine?
mein Grammophon mit Platten?
meinen Sport-u. Puppenwagen?
meine Wringmaschine?
Nur im Richter-Laden
Neue Dresdener Straße
schüler der Stahlwerk
Dort werden auch sämtliche Reparaturen
prompt erledigt. Größtes und leistungsfähigstes
Geschäft am Platz.

Max Richter

Mechanikmeister
früher Teilhaber der Firma Richter & Frind.
- Telefon 289 -

Aul Krenn

aus der Schweiz
sich er. n. Polstermöbel,
Kompl. Küchen-Ein-
richtungen, Schlafzimmer
einzelne Möbelstücke
wie Herren-, Damen- und
Kinderbetten, Matratzen
und Decken, etc.
sowie alle Anschlag- und
Abstrich- und etc.
A. J. Schneck
Wettinerstraße 7, 1. Stock
Ecke Palmstraße
Alle Kunden ohne Anz.

27 Nur 27

Herren

im Bedarf haben er

Monats-

Garderobe

konnen zu staunend
billigen Preisen
sorschaft, wenig geist

Anzüge, Paletots

sowie neue

Herren-Garderobe

Schweizmäntel und
Anzüge von 18 M. an

Laenge n. Grecheshosen
von 5 M. an

Gummimäntel
von 12 M. an

Windjacken
von 8 M. an

nur bei

Pimslers

27 Dresden-A. 27
Landhausstr. 27

Läden von auswärt er-
halten h. b. r. v. r. d.

Arbeiter, kauft

Arbeitsachen
und
Hemden

Unterhosen

Sportwesten

Socken

Hosenträger

Taschentücher

u. w. bei

Ernst Klaar

Liliengasse 25
die Fochbimstraße
(Alte Osterstraßen)

Capillarin

seit 40 Jahren bew.
Mittel bei

Haarausfall

Nur zu haben

Dr. M. Lemcke

Pirna, Schmiedestr. 35

Kauft Lose

der ersten **Kinderheim-Lotterie**
der Internationalen Arbeiterhilfe Freitag!
Ziehung am 11. Dezember im Gasthof Birkigt